Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.) Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt". (Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile (oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 222. Dienstag den 23. September 1902. 9. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die konservative Demagogie.

bv. Der vielbesprochene Ausbruch des sächsischen Agrarierblattes, das mit einer Revolution drohte und wegen einer Zollerhöhung von 50 Pfennig die Throne zusammenkrachen und in einem Blutmeer versinken ließ, hat uns wieder einmal einen tiefen Blick in das wahre Wesen unserer Konservativen thun lassen. Diese Partei, aus brutalen Junkern und protzigen Großbauern in der Mehrheit zusammengesetzt — die konservativen Bureaukraten können sich natürlich nicht den Luxus erlauben, mit der blutigen Revolution und dem Umsturz der Throne zu drohen — ist die einzige Partei, welche eine organische Entwickelung der Dinge absolut verwirft, die immer wieder mit Gewalt droht und ganz unbedenklich in der Wahl ihrer Mittel ist. Das muß Jedermann erfahren, der dieser Richtung im Wege steht, seien es die herrschenden Gewalten, seien es volksthümliche Parteien. Das reicht bei dieser Partei bis in das Jahr 1848 zurück, in welcher Zeit sie den bekannten Satz: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten!" zu ihrem Wahlspruch machte. In der Reaktionszeit ging die konservative Richtung mit den brutalsten Mitteln gegen ihre Widersacher vor und Bismarck, den man bei all seinen Wandlungen als das eigentliche Haupt und den bedeutendsten Vorkämpfer des modernen Konservatismus in Deutschland betrachten muß, that damals seinen bekannten Ausspruch, daß die großen Städte verschwinden müßten. Als dieser konservative Staatsmann in Preußen an die Regierung gelangte und die Reste der Demokratie und des Liberalismus sich wieder gesammelt hatten, erfuhr Bismarck im preußischen Abgeordnetenhause einen starken Widerstand, der sich aber auf die gesetzlich und parlamentarisch zulässigen Mittel, wie Verweigerung des Budgets und dergleichen beschränkte. Bismarck wußte diesem Widerstand nicht anders als mit gewaltsamen Mitteln zu begegnen; er regierte ohne Budget und brachte mit einer „kühnen" Auslegung der Verfassung die sogenannten Preßordonnanzen zu Stande, die es ihm ermöglichten, unbequeme Zeitungen einfach zu unterdrücken. Später hat Bismarck mit dem Sozialistengesetz auch nur eine Art von Gewaltpolitik eingeleitet. Dies Ausnahmegesetz war ihm nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck; er wollte mit demselben, wie er später selbst bekannt hat, die Sozialdemokratie so lange quälen, bis endlich die sozialistischen Arbeiter in Wuth und Verzweiflung gerathen und den Straßenkampf beginnen würden. Dann glaubte er die Gelegenheit gekommen, endlich „aufräumen" zu können; die Massen sollten mit den Magazingewehren und Schnellfeuergeschützen niedergeschmettert und die Führer von den Standgerichten abgethan, kurz ein „Aderlaß" vorgenommen werden, wozu ihm die Regierung des Herrn Thiers in der „blutigen Maiwoche" von 1871 ein großartiges Muster geliefert hatte. Während der Berathung des Sozialistengesetzes brachte das Zentralorgan der Sozialdemokratie täglich an seiner Spitze die Warnung: „Man will schießen!" und ermahnte die Parteigenossen, vorsichtig zu sein und sich nicht provoziren zu lassen. Um jene Zeit ließ sich auch jene famose konservative Stimme vernehmen, welche für die künftige konservative Politik die Richtschnur gab: „der rothe Lappen muß dem liberalen Philister so lange um die Nase geschwenkt werden, bis er glaubt, es sei der Feuerschein der brennenden Städte; die liberalen Hunde müssen gehauen werden, bis sie Blut spucken."

Die Lockspitzeleien und die anderen schönen Praktiken unter dem Puttkamer'schen Regiment fanden die Billigung der Konservativen, die am liebsten allen politischen Gegnern die staatsbürgerlichen Rechte genommen und aus Deutschland einen reinen Büttelstaat gemacht hätten, wenn sie die Macht dazu gehabt. Die Drohungen mit Staatsstreichen und die Wünsche nach gewaltsamer Beseitigung des allgemeinen Wahlrechts gingen ebenfalls von dieser Partei aus. Zugleich aber proklamirten sich die Konservativen als die „einzig wahren" deutschen Patrioten, sie, die früher überhaupt gegen das Reich gewesen waren; sie wollen die einzigen „staatserhaltenden Elemente" sein und schreien immer nach Bekämpfung des „Umsturzes", während sie selbst den Umsturz bestehender gesetzlicher Einrichtungen erstreben und mit Gewaltmitteln gegen ihre politischen Gegner vorgehen wollen.

„Staatserhaltend" sind die Herren freilich auch in ihrem Sinne nicht. Denn wenn sie sich „staatserhaltend" nennen, so verstehen sie eben darunter, daß sie die Reste des Feudalismis und die ihnen genehmen sonstigen mittelalterlichen Einrichtungen, die bei uns noch bestehen, möglichst „konserviren" wollen. Damit setzen sie sich in Widerspruch mit der Zeitentwicklung. Sie wollen das Reich dahin treiben, daß es sich gänzlich gegen die übrige Welt absperrt und in einen Zollkrieg stürzt. Innerhalb einer chinesischen Zollmauer glauben sie dann ihre agrarischen Beutezüge ungestört unternehmen zu können. Sie wollen die unvermeidliche Entwicklung Deutschlands zum Industriestaat womöglich mit gewaltsamen Mitteln verhindern, wenn auch in „gesetzlicher" Form. So setzen sie sich in Widerspruch mit der Zeitentwinlung und werden „ein Theil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft" — das heißt, sie beschleunigen ihre Selbstabschaffung. Diese wird auch nicht lange ausbleiben und das deutsche Volk wird in absehbarer Zeit diesen Leuten die politische Macht nehmen, die sie in Folge veralteter Einrichtungen noch besitzen. Diese Einrichtungen werden im Laufe der Zeit unhaltbar werden und dann ist es mit den Konservativen aus. Auch die geschickteste Demagogie kann sich auf die Dauer nicht gegen die Zeitströmung behaupten.

Das Dreiklassenwahlsystem in Preußen und anderwärts muß fallen, die Gutsbezirke in Ostelbien müssen verschwinden und die Gesindeordnungen müssen fallen, damit die ländlichen Arbeiter sich endlich organisiren können. Das wird nicht von heute auf morgen kommen, aber unerreichbare Ziele sind das gewiß nicht.

Wenn sich das deutsche Volk bei den nächsten Reichstagswahlen bewährt und die agrarische Mehrheit abschafft, dann ist ein guter Anfang gemacht. Mit den Drohungen gegen die herrschenden Gewalten und mit den „krachenden Thronen" ist es den Agrariern natürlich nicht allzusehr Ernst; wohl aber sind sie jeder Zeit in Wahrheit bereit, die Rechte des Volkes zu vernichten und die Massen zu schröpfen.

Möge diese Erkenntniß bald allgemein werden.

Die rothe Woche in München.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote.")

Sozialdemokratischer Parteitag.

München, den 18. Sept. 1902.

Vierter Verhandlungstag.

Nachmittagssitzung.

(Fortsetzung aus der Beilage.)

In seinem Schlußwort erklärt sich Molkenbuhr für den Antrag Hoch, in Punkt 5 statt Krankenversicherung „Arbeiterversicherung" zu sagen. Auf die Ausführungen v. Elms einzugehen, habe ich nach Zurücknahme seines Antrages nicht mehr nöthig. Die Debatte über diese Fragen wird jedenfalls nach dem Parteitag fortgesetzt werden, und erst wenn volle Klarheit und damit wohl auch Einstimmigkeit herrscht, werden wir über die Form der Arbeitslosenunterstützung beschließen. Den Antrag Bernstein bitte ich Sie abzulehnen. Ich habe mich jetzt überzeugt, daß er doch nicht nur redaktionell ist. In der That setzt er voraus, daß die Unternehmer heute einen Theil des Schadenersatzes tragen. Sie zahlen thatsächlich heute keinen Schadenersatz; durch einen kleinen Beitrag zur Unfallunterstützung werden sie vielmehr dieser Verpflichtung überhoben. (Sehr richtig!) Die Organisation des Arbeitsmarktes ist kein organischer Theil der Arbeiterversicherung. Sie hängt zwar eng mit ihr zusammen, kann aber außerhalb des Rahmens derselben erledigt werden. Die Worte „weiterer Ausbau der Unfallverhütung" aus dem Antrag Bömelburg akzeptire ich. Im Uebrigen sind die Forderungen des Antrages Bömelburg zu spezialisirt, um in diese allgemeine Resolution aufgenommen zu werden. Der Antrag Zietz gehört weniger in das Versicherungsgesetz hinein, er ist vielmehr ein Theil der Gewerbeordnung. Ob er ausführbar ist, ist zweifellos, sicher aber müssen wir in der Gewerbeordnung fordern, daß in dem Augenblick, wo die Schwangere ihre Arbeit nicht mehr verrichten kann, ob 4, 6 oder 8 Wochen vor der Entbindung, die Unterstützung eintritt. Die Schlußabstimmung über die Resolution bitte ich Sie vorzunehmen, wenn die etwa dazu angenommenen Anträge in sie eingearbeitet sind, und das Resultat klar zu übersehen ist.

In der Abstimmung wird hierauf der Antrag Hoch zu Ziffer 5, der Antrag Bömelburg, Antrag Arons und Antrag Zietz angenommen. Letzterer mit der Aenderung, daß vor „Entbindung" das Wort „wahrscheinlich" eingefügt wird.

Der Antrag Windhoff wird von Singer dahin erweitert, daß nicht nur der Vortrag Molkenbuhrs, sondern die ganze Debatte über diesen Punkt als Agitationsbroschüre zur Massenverbreitung herausgegeben werden soll, und in dieser Fassung angenommen.

Die Endabstimmung über die Resolution wird ausgesetzt bis zur einheitlichen Fassung durch eine aus 5 Personen bestehende Redaktionskommission.

Es kommt der Punkt der Tagesordnung: „Der internationale Arbeiterkongreß in Amsterdam 1903", zur Verhandlung.

Referent Singer: Ich glaube, mich sehr kurz fassen zu dürfen. Unser Programm verpflichtet uns zur internationalen Solidarität. Wir müssen den internationalen Kongressen wie bisher die größte Aufmerksamkeit schenken. Der nächste Kongreß findet in Amsterdam im nächsten Jahre statt. Der letzte Kongreß hat eine neue Einrichtung geschaffen: das internationale Bureau. Dieses hat sehr fleißig gearbeitet. Es haben Konferenzen stattgefunden. Der nächste internationale Kongreß wird vom Bureau gut vorbereitet sein, selbstverständlich kann jedes Land selbstständige Anträge stellen. Es wäre ein Zeichen der Schwäche, wollten wir hier lange über die Nothwendigkeit der Beschickung reden. Das immer festere Zusammenstehen des Proletariats gegenüber den sich immer mehr zusammenschließenden Regierungen wird immer nothwendiger. Ich verweise auf die militaristischen und maristischen weltpolitischen Pläne, auf die Dienste, welche die deutsche Regierung der russischen Regierung bei Auslieferung unliebsamer russischer Unterthanen geleistet hat. Die zahlreiche Beschickung des internationalen Kongresses muß darthun, daß das internationale Proletariat aller Länder einig ist. Ich empfehle Ihnen deshalb die folgende Resolution:

Der Parteitag fordert die deutschen Genossen auf, den im Jahre 1903 zu Amsterdam stattfindenden internationalen sozialistischen Arbeiterkongreß zur Bekundung des internationalen Solidaritätsgefühls möglichst zahlreich zu beschicken.

Die Resolution wird ohne Diskussion angenommen.

Es folgt der Punkt: „Kommunalpolitik."

Vom Referenten Dr. Lindemann-Stuttgart liegt folgende Resolution vor:

Der Parteitag erklärt:

1. Die Stellung der Gemeinde im heutigen Staate ist eine doppelte: Sie ist ein lokaler Verwaltungskörper, der den wirthschaftlichen und gesellschaftlichen Bedürfnissen einer an eine begrenzte Lokalität gebundenen Bevölkerung dient, und sie ist ein Hilfsorgan staatlicher Verwaltungs- und Herrschaftsthätigkeit. In beiden Eigenschaften unterliegt sie der aus der Klassenorganisation unseres Staats- und Gesellschaftslebens sich ergebenden Tendenz, die Verwaltungsthätigkeit nach den Interessen der herrschenden Klasse zu gestalten.

2. Gemäß ihrer Grundanschauung, daß nur durch die Aufhebung der Klassenherrschaft die Bahn für eine rationelle, allen Gliedern des Staatswesens dienende Verwaltungsthätigkeit frei gemacht werden kann, verlangt daher die Sozialdemokratie:

Neugestaltung des gesammten Kommunal-Verwaltungswesens, nach dem Grundsatze, daß alle Lokalverwaltung zugleich Staatsverwaltung ist, und als solche nur dem Gesetze und dem Gerichte unterworfen sein darf, durch

a) Bildung der Gemeindevertretung durch allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlen; Durchführung des Prinzipes der Einwohnergemeinde; Aufhebung aller Besitzprivilegien,

b) Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechtes auf das Recht der Kenntnißnahme der kommunalen Verwaltungsthätigkeit; Aufhebung der administrativen Befehlsgewalt der Staatsbehörden gegenüber den Lokalverwaltungskörpern,

c) staatliche Regelung des Kommunal-Steuerwesens. Aufhebung aller kommunalen Abgaben auf Lebensmittel. Deckung des kommunalen Bedarfes durch Zuschüsse des Staates für die Aufgaben der Volkshygiene, des Schulwesens und der Armenpflege, durch Zuschläge zu den staatlichen Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern, sowie durch besondere kommunale Grund- und Gebäudesteuern, die vor Allem die Werthsteigerung des Grund und Bodens erfassen.

3. Hauptgebiete der kommunalen Thätigkeit sind: Volkshygiene, Städtebau und Wohnungswesen, Sozialpolitik und Armenpflege, Volksbildung und -Unterhaltung, Wirthschaftspflege.

Für ihre Verwaltung sind folgende Grundsätze aufzustellen:

a) Die Einrichtung und der Betrieb der für die Erfüllung ihrer Aufgaben nothwendigen Institute soll in eigener Regie der Gemeinden erfolgen.

b) Die Gebührenfestsetzung für die Benutzung kommunaler Anstalten soll, so weit Gebühren zur Erhebung kommen, nach dem Grundsatz der Kostendeckung des Betriebes erfolgen.

4. Im Einzelnen sind folgende Forderungen zu stellen:

A. Oeffentliche Gesundheitspflege.

1. Erhaltung und Pflege der Volksgesundheit. Kommunaler Betrieb der Kanalisation, Fäkalienabfuhr, Straßenreinigung, Haus- und Kehrichtabfuhr, Oeffentliche Bedürfnißanstalten und Abdeckereien.

   Fürsorge für die Ernährung durch die Kontrolle und Regelung des Nahrungsmittelverkehrs (Markthallen, Märkte, Vieh- und Schlachthöfe, Untersuchungsanstalten), sowie durch die Uebernahme der Produktion und des Verkehrs (Milchversorgung, Brodbäckerei, Brauerei, Schlachterei und Schankgewerbe).

   Förderung der Körperpflege durch Einrichtung öffentlicher Bäder, Spiel- und Turnplätze, Parks 2c.

2. Bekämpfung der Krankheiten durch den Bau von Krankenhäusern, Heimstätten für Lungenkranke, Irrenanstalten, Rekonvaleszentenanstalten, Anstalten für Wöchnerinnen- und Säuglingspflege, Desinfektionsanstalten, Unfallstation, Gemeindeapotheken 2c.

3. Uebernahme des Bestattungswesens in den Gemeindebetrieb, Obligatorische Einrichtung und Benutzung der Leichenhäuser, Unentgeltliche und gleiche Bestattung aller Gemeinde-Angehörigen.

B Städtebau- und Wohnungswesen.

1. Förderung einer gesunden Bodenpolitik durch den Erwerb von Grund und Boden seitens der Gemeinden, durch die Umgestaltung und Ausbildung der Bebauungspläne und Bauordnungen, welche die Beschränkung der Bodenausnutzung, die Bekämpfung der Miethskasernen und die Förderung des Kleinbaues anstreben, und durch den Ausbau und Betrieb kommunaler Straßenbahnnetze.

2. Errichtung von Wohnungsämtern mit den Aufgaben der Wohnungsinspektion, der Wohnungsstatistik und des Wohnungsnachweises.

3. Bau von Wohnungen und Verwerthung derselben zu Miethspreisen, durch welche nur die Herstellungs- und Erhaltungskosten, sowie die Amortisation des Anlagekapitals gedeckt werden.

C. Volksbildung.

1. Einheitsschule. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel; Bau, Ausstattung und Unterhaltung der Schulhäuser, Festsetzung des Klassenfrequenz, der Unterrichtszeit der Schüler und Lehrer, ausschließlich nach den Grundsätzen der Schulhygine und Pädagogik; Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Schüler durch Schulärzte, Verpflegung der Schulkinder. Oeffnung der höheren Schulen für die befähigten Kinder des Proletariats.

2. Einrichtung und Betrieb von Volksbibliotheken und Lesehallen, sowie von Instituten für Volksunterhaltung (Volkshäuser, Volkstheater und Musikhallen).

D. Wirthschaftspflege.

Kommunale Regie von Wasserwerken, Licht-, Kraft- und

Wärme-Zentralen, von Straßenbahnen, Dampfschiffen, Hafenanlagen, Lagerhäuser rc. sowie von Publikationseinrichtungen (Plakatsäulen, Annoncenblättern rc.)

E. Sozialpolitik.

1. Allgemeine Sozialpolitik. Ausbau des Arbeiterschutzes; Errichtung von Arbeitsämtern als Zentralstellen kommunaler Arbeiterpolitik mit den Aufgaben der Arbeiterstatistik, des Arbeitsnachweises, der Arbeitslosenfürsorge, der Auskunftsertheilung und der Ueberwachung der sozialpolitischen Gebahrung der Gemeindeverwaltung; Regelung des Submissionswesens durch Einführung der sogenannten Lohnklausel bei Arbeits- und Lieferungsverträgen der Gemeinden, sowie der von ihnen konzessionirten Privatunternehmungen; Ablehnung der Streikklausel; Verbot der Uebertragung von Gemeindearbeiten und Lieferungen an Gemeindevertreter sowie deren Betheiligung an gewerblichen Unternehmungen, die im Vertragsverhältniß zur Gemeinde stehen.
2. Spezielle Sozialpolitik. Einsetzungen von Arbeiterausschüssen zur Vertretung der Interessen der Gemeindearbeiter; Feststellung der Arbeitsordnungen und Arbeitsbedingungen unter Heranziehung der Arbeiterausschüsse und der gewerkschaftlichen Organisation der Gemeindearbeiter; Festsetzung der Löhne nach Gewerkschaftssätzen; Lohnskala nach Dienstzeitdauer; Achtstundentag; Ferienurlaub mit Fortdauer der Lohnzahlung; Gründung von Pensions-, Wittwen- und Waisenkassen, an die klagbare Rechte gegeben werden, sowie Ausdehnung der Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditäts-Versicherung auf alle Gemeindearbeiter und Angestellten.

F. Armenpflege.

Weltlichkeit der Armenpflege; weitgehendste Heranziehung ehrenamtlicher Elemente, insbesondere der Frauen; offene Armenpflege mit ausreichenden Unterstützungssätzen; geschlossene Armenpflege in Versorgungshäusern für die körperlich hilfsbedürftigen Armen; Errichtung von Obdachlosenasylen und Wärmehallen ohne polizeiliche Kontrolle; Waisen- und Haltekinderpflege nach hygienischen und pädagogischen Grundsätzen.

Dr. **Lindemann**-Stuttgart führt aus: Die Grenzen unserer Kommunalpolitik sind schon dadurch gezogen, daß die Gemeinde als ein kleines Glied in den großen staatlichen Organismus eingefügt ist. Wir können daher z. B. Betriebe noch nicht munizipalisiren, wenn dazu in unserem privatkapitalistischen Staate mit seinen Machtverhältnissen noch nicht die Möglichkeit geboten ist. Allerdings kann sich auf die Dauer der Staat auch den Fortschritten innerhalb der Gemeindewesen nicht entziehen. In den Gemeinden muß auch die Aufklärungsarbeit geleistet werden, damit die gesetzlichen Vorschriften wirklich zur Durchführung kommen können. Hier liegt der Grund, weshalb die Sozialdemokratie nothwendigerweise Kommunalpolitik treiben muß. Was beseitigt werden muß, ist vor Allem der Unterschied zwischen übertragenen und eigentlichen Wirkungskreisen der Gemeinden. Diesen Unterschied benutzt die Bureaukratie, um die Selbstständigkeit der Gemeinde einzuschränken. Wir behaupten demgegenüber, daß die Gemeindeverwaltung der Staatsverwaltung nicht untergeordnet, sondern gleichgestellt sein muß. Die lokalen Verwaltungskörper der Gemeinden müssen ein Recht haben auf die Verwaltung sämmtlicher öffentlicher Angelegenheiten, während ihnen heute dieses Recht immer erst übertragen werden muß. Die staatliche Bureaukratie hat sich vielfach unfähig gezeigt, die örtlichen Verhältnisse der Gemeinden richtig zu regeln. Unsere Aufgabe muß es sein, die Regierung der Demokratie in der Gemeinde zum Durchbruch zu bringen. Daher verlangen wir zunächst volle Selbstverwaltung. Heute kommen die Bürgermeister durch die Disziplinarbefugniß der staatlichen Behörde in vielfache Konflikte (sehr richtig!), sie setzen die Wahrung der Rechte ihrer Gemeinde häufig erst in die zweite Linie. Wenn wir das Prinzip der Einwohnergemeinde im Gegensatz zur Bürgergemeinde verlangen, so folgt daraus die Aufhebung aller Besitzprivilegien und das weitestgehende Wahlrecht natürlich auch für Frauen. Nur eine bestimmte Aufenthaltsdauer von sechs Monaten müßte für das Wahlrecht gefordert werden. Das Wahlsystem wäre selbstverständlich der Proporz. Die Funktionen des Bürgermeisters sind heute viel zu gehäuft. Das Zweikammersystem andererseits ist zu schwerfällig, daher verlangen wir das Einkammersystem, Auftheilung der gesammten Verwaltungsarbeiten unter die Deputationen. Das Aufsichtsrecht des Staates über die Gesetzmäßigkeit der kommunalen Akte wird durch das Recht der Kenntnißnahme genügend gewahrt. Das Recht der Prüfung der Zweckmäßigkeit der kommunalen Akte entspricht der Auffassung, daß die Gemeinde dem Staat untergeordnet ist und ist daher von uns zu verwerfen. Welches sind nun die Mittel und Wege, um den Gemeinden die Erfüllung ihrer Aufgaben möglich zu machen? Das hauptsächlichste Mittel ist die Schaffung leistungsfähiger Gemeinden. Kleine Gemeinden können nicht viel leisten. Die Gemeinden sollen ihre wirthschaftlichen Betriebe nicht in Rücksicht auf Profit betreiben. Bei Erzielung von Ueberschüssen muß geprüft werden, welche Klassen der Bevölkerung am meisten betroffen werden. Ein lehrreiches Beispiel bilden die Gas- und Elektrizitätswerke. Die Gaskonsumenten sind in der Mehrzahl kleine Leute, diese müssen also mit den Ueberschüssen der Gasverwaltung das Defizit der Elektrizitätswerke, die meist von kapitalkräftigen Leuten benutzt werden, decken helfen. Die Tarife der städtischen Betriebe müssen sozialpolitisch unanfechtbar sein. Das Rabattsystem für große Konsumenten muß beseitigt werden. Bei der Besteuerung kommt es darauf an, die Steigerung des Werthes des Grund und Bodens für die Gemeinde abzufangen. Die Immobilien-Umsatzsteuer erscheint als die beste. Es ist außerdem nothwendig, daß der Staat besonders die leistungsunfähigen Gemeinden mit Zuschüssen unterstützt, namentlich auf dem Gebiete der Volksbildung, der Volkshygiene und der Armenpflege. Die Selbstständigkeit der Verwaltung darf unter den Zuschüssen nicht leiden. Den Gemeinden liegt die Fürsorge für die Ernährung ob, sie sollen selbstthätig in die Produktion eingreifen. Vor Allem muß die Gemeinde die Lebensmittel vor Verschlechterung und vor Vertheuerung schützen. Auf Milch, Brod, Fleisch und Bier, Dinge, die in nicht so viel Qualitäten, aber in ziemlich gleich bleibenden Massen produzirt werden, muß sich die gemeindliche Produktion beschränken.

Weil es inzwischen 7 Uhr geworden ist, muß der Redner sein Referat abbrechen.

Die Fortsetzung wird auf Freitag Früh halb 9 Uhr vertagt und die heutige Sitzung geschlossen.

München, 19. September.

Fünfter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

v. **Vollmar** eröffnet die Sitzung um $^3/_4$9 Uhr mit Verlesung von Begrüßungsschreiben.

Dr. **Lindemann**-Stuttgart fährt in seinem Referate über **Kommunalpolitik** fort. Mit dem Punkte Städtebau und Wohnungswesen hat sich bereits der vorige Parteitag befaßt, ich kann mich daher kurz fassen. Die in der Resolution genannten Mittel sind ja nur Palliativmittel, das große Mittel, die Enteignung des Grund und Bodens in der Gemeinde, wird ihr nicht so bald zufallen. Daher muß die Gemeinde vorläufig selbst auf dem Spekulationsmarkt auftreten und sich in vorausschauender Weise in den Besitz möglichst großen Terrains setzen. Ob die weiträumige Bebauung oder die hohe Bebauung vortheilhafter, ist eine Streitfrage. Vom hygienischen Standpunkt dürfen wir uns nicht für Miethskasernen erklären. Wir dürfen nicht für die Reichen Villen und für die Arbeiter Miethskasernen bauen. Die famose Arbeiterfreundlichkeit der Hausbesitzer behauptet, daß die Miethskasernen den Arbeitern ein gesundes und billigeres Wohnen ermöglichen. Dadurch dürfen wir uns nicht täuschen lassen. Während in Berlin der Arbeiter ein Drittel bis ein Viertel des Einkommens an Miethe zahlt, giebt der englische Arbeiter unter der Herrschaft der Kleinwohnungen nur ein Achtel bis ein Zehntel seines Einkommens für Miethe aus. Aber selbst wenn die Miethen bei weniger intensiver Ausnützung des Grund und Bodens nicht billiger würden, so läge das Kleinwohnungssystem doch im Interesse der Volksgesundheit. — Ueber die Frage, ob wir für finanzielle Unterstützung der Baugenossenschaften aus Gemeindemitteln einzutreten haben, sind die Meinungen ebenfalls getheilt. Ich halte die Ablehnung jeder solcher Unterstützung für zu weitgehend. Es kommt dabei auf den einzelnen Fall, das Eintrittsgeld, den Kreis der dazu gehörigen Personen usw. an. — Wir kommen nun zum Punkte Volksbildung. Ein sehr beliebtes Schlagwort ist die Forderung nach Verstaatlichung der Volksschule, d. h. die Uebernahme der Volksschullasten auf den Staat und die Uebertragung der Verwaltung an eine staatliche Bureaukratie. Diese beiden Punkte lassen sich in dem heutigen Staate, und an ihn richten sich ja unsere Kommunalprogramme, schwer trennen. Daher halte ich die Forderung der Verstaatlichung der Volksschule heute nicht für angebracht. Bei staatlicher Leitung hätte die Kommune nicht den geringsten Einfluß mehr. Das Niveau der Landschule würde das maßgebende werden. Es liegt aber nicht im Interesse unserer Partei und des kulturellen Fortschritts, die Entwicklung des Volksschulwesens aufzuhalten. Heute steht das städtische Volksschulwesen an der Spitze und nur durch eine Weiterentwickelung kann auch die ländliche Schule gehoben werden. Auch ein wichtiger politischer Grund muß uns hindern, eine neue große zentralisirte Bureaukratie des Volksschulwesens zu schaffen. Die Bureaukratie ist unser schlimmster Feind. Wir müssen vielmehr auf die Gemeinden selbst einwirken, und die sozialpolitische Rückständigkeit in ihnen bekämpfen. Dieselben Gründe sprechen gegen die Verstaatlichung des Armenwesens, abgesehen davon, daß eine spezialisirte Behandlung der einzelnen Fälle, wie sie gerade hier durchaus nothwendig ist, bei staatlicher Verwaltung unmöglich wird. — Welche Stellung haben wir zu dem höheren Schulwesen einzunehmen? Im Brandenburgischen und anderen Programmen wird Unentgeltlichkeit der Lehrmittel für diese Anstalten verlangt. Das Braunschweigischen Programm verlangt dagegen die Abschaffung der Subventionirung für die sogenannten „Klassenschulen". Das ist eine höchst einfache, aber sehr bildungsfeindliche Stellungnahme. Das Besitzprivileg der höheren Klassen würde nur noch vergrößert, wenn wir so selbst für Verstärkung des Klassencharakters dieser Schulen sorgen. (Sehr richtig!) Die chinesenhafte Abgeschlossenheit, die geistige Abstumpfung jener Klassen würde nur gesteigert werden. Für uns soll nicht der Geldbeutel der Eltern, sondern die Befähigung der Kinder der Maßstab sein; daher müssen wir gerade dahin streben, daß die höheren Schulen immer mehr allen Fähigen offen werden. Das könnte durch Abschaffung des Schulgeldes nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit, durch Erhöhung der Stipendien und Verleihung der Freistellen im freien Wettbewerb an die Fähigsten angestrebt werden. — Einer der wichtigsten Theile der Resolution ist das Kapitel Sozialpolitik. Zur allgemeinen Sozialpolitik gehört vor Allem die Errichtung von Arbeitsämtern. Gerade die Arbeitslosigkeit der letzten Zeit hat die Nothwendigkeit des Ausbaues dieser Arbeitsämter bewiesen. Diese Forderung steht nicht in Widerspruch mit unserer anderen Forderung des Reichsarbeitsamtes. Auch dieses müßte lokale Abtheilungen haben und zu diesen eignen sich am besten die städtischen Arbeitsämter. Auch die Auskunftsertheilung wäre diesen Arbeitsämtern zu übertragen unter Ueberlassung der spezifisch arbeiterrechtlichen Auskünfte an die Arbeitersekretariate. — Bei der Regelung des Submissionswesens ist die Einführung der sogenannten Lohnklausel zu erheben. In der Lohnklausel müssen die Lohnhöhe und alle Arbeitsbedingungen festgelegt werden. Darin sind die meisten Stadtverwaltungen noch sehr zurück. Nur Wiesbaden hat die Lohntarife sämmtlicher Gewerkschaften anerkannt. Eine andere Richtung hat sich den Forderungen zur Erhaltung des Mittelstandes angeschlossen. Das Braunschweiger Programm verwirft das Prinzip des Mindestfordernden, befürwortet das Mittelpreisverfahren und die Berücksichtigung kleiner Gewerbetreibenden am Ort. Das ist das Programm der sogenannten Mittelstandsretter, von dem unsere Genossen sich fernhalten sollten. Ist die Klausel der anständigen Arbeitsbedingungen durchgeführt, so liegt für uns gar kein Grund vor, vom Prinzip der Mindestforderung abzugehen. Wir haben auch keine Veranlassung, die kleinen rückständigen Kleinbetriebe den technisch vorgeschrittenen Großbetrieben vorzuziehen. Eine selbstverständliche Forderung ist der Ausschluß der Gemeindevertreter von der Uebertragung städtischer Lieferungen. Er muß mit aller Schärfe durchgeführt werden. Ueber die von mir aufgestellten sozialpolitischen Forderung wird keine Meinungsverschiedenheit bestehen. Ich empfehle Ihnen die Resolution zur Annahme. Ich habe die Bedeutung der Kommunalpolitik zu zeichnen versucht und gezeigt, daß noch viele Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf die Kommunalpolitik bestehen. Es ist nothwendig, daß diese Meinungsverschiedenheiten beseitigt werden und Klarheit geschaffen wird. Nur dann gelangen wir zu derjenigen Einheitlichkeit, der praktischen Aktion, die wir auch im Kampfe um unseren Einfluß auf die Kommunen nöthig haben. (Lebh. Beifall).

Es liegen folgende Anträge vor:

Parteigenossen in **Karlsruhe-Bruchsal** beantragen:

„Es ist die Herausgabe einer Schrift zu veranlassen, in welcher die wichtigsten Forderungen der Sozialdemokratie an die Gemeinde behandelt werden. Dieser Schrift sind als Anhang die bestehenden sozialdemokratischen Kommunalprogramme für die Einzelstaaten beizufügen."

Parteigenossen in **Braunschweig** beantragen:

„Der Parteitag erklärt sich, da die heutige Organisation des Schulwesens der Weiterentwicklung desselben nicht förderlich ist, für die Uebernahme der Kosten des Schulwesens durch das Reich. Die Verwaltung der Schulen obliegt den Kommunalbehörden."

Parteigenossen von **Rathenow** beantragen:

„Der Parteitag erklärt:

1. Es ist Pflicht unserer Gemeindevertreter, dafür einzutreten, daß alle kommunalen Unternehmungen in eigner Regie ausgeführt werden;
2. daß die Wasserentnahme bei städtischen Wasserwerken kostenlos erfolgt, außer zu gewerblichen Zwecken;
3. daß unsere Vertreter einzutreten haben für die Einführung einer Grundwerthsteuer, wodurch die in die Bebauungszone einbezogenen Grundstücke nach ihrem wirklichen Werthe versteuert werden, um den durch die Gemeinde bedingten Werthzuwachs wenigstens zum Theil auch dieser zuzueignen;
4. daß die Bewilligung von Mitteln für höhere Lehranstalten so lange nicht ohne Weiteres zu bewilligen sind, bis die Volksschule den gerechten Anforderungen genügt;
5. daß die Bewilligung von Mitteln für Kirchen, Denkmäler u. s. w., sowohl zur Herstellung als zur Restaurirung, aus Gemeindemitteln abzulehnen ist, wenn damit religiöse oder dynastische Zwecke verfolgt werden oder dieselben zur Verherrlichung des Krieges dienen.

Klara Zetkin-Stuttgart beantragt, daß in der Resolution unter 2a die ersten Worte „Bildung der Gemeindevertretung durch allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlen" zu streichen und statt dessen hinter „Durchführung des Prinzips der Einwohnergemeinde" einzufügen: „mit allgemeinem, gleichem, direktem und geheimem Wahlrecht für alle mündigen Einwohner ohne Unterschied des Geschlechts".

Paul Hoffmann-Hamburg beantragt, in denjenigen Theil der Resolution, der von der Sozialpolitik handelt, anstatt „Regelung des Submissionswesens rc." zu sagen: „Beseitigung des Submissionswesens und Uebernahme aller Arbeiten in eigener Regie".

Schubert-Basis beantragt, in dem Satz über Sozialpolitik hinter den Worten „Spezielle Sozialpolitik" einzuschalten: „Volle Koalitionsfreiheit für die städtischen Arbeiter und Beamten".

Schulz-Magdeburg beantragt, im Absatz C Volksbildung statt „Einheitsschule" zu sagen: „staatliche Einheitsschule, Besoldung der Lehrer durch den Staat".

Frohme-Altona: Professor Heinrich **Herkner** macht in seinem Buche: „**Die Arbeiterfrage**" der deutschen Sozialdemokratie den unbegründeten Vorwurf, daß sie sich zu wenig mit der Kommunalpolitik beschäftigt habe. Namentlich in letzter Zeit ist das Interesse an der Kommunalpolitik in unserer Partei sehr gewachsen. Eine gewisse Verwirrung in unseren Reihen ist bereits überwunden. Die sozialdemokratischen kommunalpolitischen Programme zeigen immer größere Einheitlichkeit und Prinzipienfestigkeit. Auch der Glaube, daß die Kommunalpolitik der großen politischen Aktion Konkurrenz mache, schwindet immer mehr. Daß es auf unserem Parteitag diesmal zu einer allgemeinen Deklaration über Kommunalpolitik kommt, ist hocherfreulich. Ich hätte mit einer weniger umfangreichen Deklaration als der vom Referenten vorgeschlagenen vorlieb genommen. Der für die großen Kommunen gegebenen Richtschnur werden sich die kleineren Kommunen leicht anpassen können. Wir müssen uns mit der Frage sehr ernst beschäftigen, sonst kann es passiren, daß bürgerliche Sozialpolitiker einen Vorsprung vor uns bekommen. Es handelt sich um eine eminent praktische Frage, die von uns ganz energisch in Angriff genommen werden muß.

Paul Hoffmann-Hamburg befürwortet seinen Antrag auf Beseitigung des Submissionswesens. Das Ziel müsse nicht die Regelung, sondern die Beseitigung des Submissionswesens sein. Die Schäden des Submissionswesens seien zu groß. Bei Verrechnungen im Preise seitens des Unternehmers hätten nur die Arbeiter den Schaden. Die Uebernahme der Arbeiten in eigene Regie sei nothwendig, denn die Stadt darf keinem Privatunternehmer tributpflichtig werden.

Leutert-Apolda stellt den Antrag, daß Armenpflege nicht den Verlust des aktiven oder passiven Wahlrechts zur Folge hat.

Stolle-Gesau bemängelt es, daß in der Resolution ein Hinweis auf die Nothwendigkeit des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts fehlt. Die Anschauungen des Referenten gegen die Verstaatlichung der Volksschule seien geradezu reaktionär gewesen. Einen ähnlichen Standpunkt hätten Herr Ackermann und seine reaktionären Genossen in der sächsischen Kammer vertreten. Die Volksschule muß dem Staat unterstellt werden, die Unentgeltlichkeit der Schule und die Beschaffung der Mittel muß von Staatswegen durchgeführt werden. Auch die Uebernahme der Armenlasten durch den Staat ist zu fordern. Die Kommune kann diese Aufgabe in ausreichendem Maße nicht erfüllen.

Singer-Berlin: In die Diskussion der einzelnen Forderungen will ich heute nicht eintreten. Ich hoffe dazu später Gelegenheit zu haben. Die Hauptbedeutung der Diskussion liegt darin, daß wir anerkennen, daß auch die Kommunalpolitik ihre Direktiven von der Gesammtpartei erhalten muß. (Sehr richtig!) Die Ausführungen des Referenten waren in ihrem prinzipiellen Theil durchaus unanfechtbar. Bei der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse ist es freilich unmöglich, ein maßgebendes Programm für Alle zu schaffen, daß in jeder Einzelheit von jeder kleinen Gemeinde voll erfüllt werden muß. Wir können vielmehr nur verlangen, daß die Genossen in den Kommunen stets im Geiste dieses Programms handeln, und nie vergessen, daß sie als Sozialdemokraten in der Gemeindevertretung sitzen. (Sehr richtig!) In Anbetracht der Thatsache, daß die Resolution sehr spät in unsere Hände gekommen ist, daß verschiedene Meinungen zu Tage getreten sind, und daß auf der Rednerliste noch etwa 23 Redner stehen, muß es uns aber zum Bewußtsein kommen, daß wir diese für das Leben der Partei überaus wichtige Frage nicht im gegenwärtigen Stadium unserer Verhandlungen zu Ende bringen können. (Zustimmung). Die Frage ist zu wichtig, als daß man, nur um ein Programm zu haben, die Sache übers Knie bricht. Sind wir so lange ausgekommen, kommen wir wohl auch noch ein oder zwei Jahre länger aus. Ich beantrage daher in Anbetracht dessen, daß das außerordentlich anregende, lichtvolle Referat jedenfalls die Grundlage der späteren Verhandlungen sein wird, folgende Resolution: „In Erwägung, daß die Einzelberathung der vorliegenden Resolution zur Zeit unthunlich erscheint, beschließt der Parteitag, den Gegenstand von der Tagesordnung abzusetzen — nicht über ihn zur Tagesordnung überzugehen, dazu ist die Sache zu wichtig — und beauftragt den Parteivorstand, das Referat, die Resolution und die eingelaufenen Anträge sowie das in den bereits vorhandenen Kommunalprogrammen vorhandene Material zur Ausarbeitung von Forderungen für die sozialdemokratische Gemeindepolitik zu verwenden und einem der nächsten Parteitage zur Beschlußfassung zu unterbreiten und die ausgearbeitete Vorlage so zeitig zu veröffentlichen, daß vor dem Beschluß des Parteitages eine ausreichende Diskussion innerhalb der Partei erfolgen kann." (Zustimmung.) Wenn ich nicht beantragt habe, dem nächsten Parteitag schon diesen Punkt zu überweisen, so aus dem Grunde, weil wir infolge des bevorstehenden Wahlkampfes einem ganz arbeitsreichen Jahre entgegengehen. Der Parteivorstand ist natürlich nicht allwissend, von ihm kann die Sache nur ausgehen und gefördert werden, wenn aber Genossen aus allen Landestheilen, die in der praktischen Arbeit stehen, der Referent und andere Genossen, dem Parteivorstand an die Hand gehen und die Sache genügend diskutirt wird, so hoffe ich, wird es doch möglich sein, ein theoretisch genügend geklärtes, prinzipienfestes und doch für alle Verhältnisse passendes Programm zu schaffen. (Lebhafter Beifall.)

Der **Antrag Singer** wird hierauf **einstimmig angenommen**. Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

* * *

Der Parteitag in München ist Sonnabend Nachmittag geschlossen worden. Als Ort für den nächsten Parteitag wurde **Dresden** gewählt. Ueber den letzten Verhandlungstag liegt uns folgender vorläufiger Bericht vor: **Singer** führt den Vorsitz. Zunächst findet eine längere Diskussion über den Antrag der Frau **Zietz** auf Anerkennung besonderer weiblicher Vertrauenspersonen statt. Kimmel, Stubbe, Koenen, alle aus Hamburg, sprechen gegen, Frau Zetkin für den Antrag. Der Antrag Zietz wird angenommen. Es folgen Anträge, die sich auf die **Presse** beziehen. Eine längere Diskussion ruft abermals der Etat der „Neuen Zeit" hervor infolge des Antrages auf monatliches Erscheinen der „Neuen Zeit". **Kautsky** giebt eine genaue Aufstellung über die Gehälter der Redakteure. v. **Elm** bestreitet, daß die Mitarbeiter der „Monatshefte" die Redaktionsgehälter in der „Neuen Zeit" zu hoch finden. Wissenschaftliche außerredaktionelle Thätigkeit soll extra bezahlt werden. Wissenschaftliche Thätigkeit sollte Anderen wie Kautsky ebenfalls von Partei wegen ermöglicht werden. **David**-Mainz protestiert gegen einen Artikel in der „Leipziger Volksztg.". Es folgt eine unerquickliche Debatte. **Wurm** rechtfertigt die Redaktion der „Neuen Zeit". **Bebel** tritt für größere Verbreitung der „Neuen Zeit" ein, um das Defizit aus der Welt zu schaffen. Auch der Anschein, als wäre die „Neue Zeit" boykottiert, müsse vermieden werden. Redner bestreitet, daß der Inhalt der „Neuen Zeit" zu hoch sei. Ein Schlußantrag wird angenommen. Es folgt eine Fülle persönlicher Bemerkungen. **Heine** erklärt ein Eingehen auf den Artikel der „Leipziger Volksztg." unter seiner Würde. Der Antrag auf Umwandlung der „Neuen Zeit" in eine Monatsschrift wird abgelehnt. In der Nachmittagssitzung wurde zunächst das Wahlresultat

mitgetheilt. Der bisherige Parteivorstand wurde wiedergewählt: Bebel und Singer, Vorsitzende; Gerisch, Kassirer; Auer und Pfannkuch, Sekretäre. Zu Kontroleuren wurden gewählt: Meister-Hannover, Bock-Gotha, Kaden-Dresden, Koenen-Hamburg, Brühne-Frankfurt a. M., Erhardt-Ludwigshafen, Geck-Offenburg, Pfarr-Berlin, Klara Zetkin-Stuttgart. Eine längere Diskussion entstand über die Anträge, betreffend die Alkoholfrage. Aus einer Fülle von Anträgen wurde folgende Resolution angenommen:

„Der Parteitag erkennt rückhaltlos die Gefahren an, die aus einem übermäßigen Genuß alkoholischer Getränke für den Kampf um die politische und wirthschaftliche und damit die physische und geistige Befreiung der Arbeiterklasse entspringen;

der Parteitag ist aber nicht in der Lage, die Agitation für die völlige Abstinenz von alkoholischen Getränken als eine der Aufgaben der Partei oder die Verpflichtung zur Abstinenz als Voraussetzung für die Parteizugehörigkeit zu erklären:

die deutsche Sozialdemokratie ist eine politische Partei, die ihre politischen und wirthschaftlichen Grundsätze in ihrem Programm niedergelegt hat; daher muß es der Parteitag ablehnen, über Fragen ein Urtheil zu fällen, die, wie die Frage der absoluten oder relativen Schädlichkeit des Alkohols, in das Gebiet der Spezialwissenschaften gehören.

In der Erwägung, daß die deutsche Sozialdemokratie es von jeher als ihre Aufgabe betrachtet hat, die Arbeiterklasse nicht blos körperlich, sondern auch geistig und sittlich zu heben und sie so zur Führung ihres Befreiungskampfes immer mehr zu befähigen, geht der Parteitag über die Anträge betreffend die Alkoholfrage zur Tagesordnung über."

In Verfolg eines Antrages, „den Beschluß des Parteitages in Erfurt vom 21. Oktober 1891, soweit er sich auf Herrn Wildberger bezieht, außer Wirksamkeit zu setzen", wurde ein Antrag Schmalfeld, den Beschluß über den Ausschluß der „Jungen" gänzlich aufzuheben, angenommen. Manifeste gegen den Fleischwucher und gegen Zarische Brutalitäten wurden ohne Diskussion einstimmig angenommen. Hierauf schloß Singer den Parteitag mit einem Hoch auf die deutsche Sozialdemokratie. Die Delegirten sangen stehend die Arbeitermarseillaise.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Parlamentarisches. Die Fraktionen der Konservativen und der Reichspartei traten Sonnabend Vormittag 10 Uhr im Reichstagsgebäude zu Besprechungen über die Beschlüsse der Zolltarifkommission zusammen. Von jeder der beiden Fraktionen waren die Mitglieder nahezu vollzählig erschienen. Die Berathungen der Konservativen leitete Abg. Rettich, der auch den Bericht erstattete. Bei der Reichspartei führte Abg. Graf Arnim-Muskau den Vorsitz, da Abg. v. Kardorff neben den Mitgliedern der Tarifkommission (Abg. Gamp und Abg. Dr. Arendt) über die Ergebnisse der ersten Lesung berichteten. Der Beschluß der Reichspartei geht, wie die „B. N. N." melden, dahin, am Kompromiß festzuhalten und vorläufig nichts anderes zu erklären. Die Verhandlungen beider Parteien waren vertraulich.

Das Schlachtroß steigt! Bei 80 Schlachthofdirektionen hat die „Allg. Fleischerztg." eine Umfrage gehalten, wie groß die Zahl der Pferdeschlachtungen in dem ersten Halbjahr dieses und des vorigen Jahres war, und da hat sich ergeben, daß die Pferdeschlachtungen durchschnittlich um 20 pCt. zugenommen haben. In einigen Städten ist die Zunahme ganz außerordentlich: in Beuthen O.-S. beträgt sie 200 pCt., in Rostock 80 pCt., in Brandenburg a. H. 72 pCt., in Frankfurt a. M. und Schweidnitz 50 pCt., in Barmen 44 pCt., in Würzburg 40 pCt., in Kaiserslautern 39 pCt., in Wiesbaden 38 pCt., in Leipzig und Königsberg O.-P. 37 pCt. In Altena i. W., wo früher Pferdeschlachtungen überhaupt nicht stattfanden, wurden im ersten Halbjahr d. J. bereits 51 Pferde geschlachtet. Die Pferdeschlachtungen würden einen noch viel größeren Umfang angenommen haben, wenn nicht infolge der stärkeren Nachfrage die Preise für Pferde fast auf das Doppelte gestiegen wären.

Zur Fleischnoth. Erhebungen über die Fleischnoth stellen ebenso wie die bayerische auch die Regierungen in Baden und Württemberg an. Für Württemberg wird diese Maßnahme angekündigt in einer offenbar aus dem Ministerium stammenden Erklärung des amtlichen „Staatsanz.", worin darauf hingewiesen wird, daß die Einfuhr von Rindvieh aus Oesterreich-Ungarn in die Schlachthäuser der 11 Städte: Stuttgart, Cannstatt, Eßlingen, Gemünd, Göppingen, Heidenheim, Heilbronn, Ludwigsburg, Reutlingen, Tuttlingen und Ulm seit einer Reihe von Jahren gestattet ist und daß die Frist für die Abschlachtung der eingeführten Thiere, welche nach Zeitungsnachrichten in Bayern kürzlich für einzelne Schlachthäuser von 3 Tagen auf 5 Tage und für andere Schlachthäuser von 2 Tagen auf 3 Tage erstreckt worden ist, für Württemberg schon seit 1894 7 Tage beträgt. Im Anschluß daran heißt es in der ministeriellen Erklärung: „Eingehende Erhebungen über den gegenwärtigen Stand der Fleischversorgung der württembergischen Bevölkerung und über die Gründe der eingetretenen Steigerung der Fleischpreise sind im Gange."

Eine kleine Verkürzung der Dienstzeit ist versuchsweise in diesem Jahre bei der Fußartillerie eingeführt worden. Die ausgedienten Mannschaften dieser Truppen wurden bisher immer am 30. September, also 14 Tage später als bei der Infanterie, zur Reserve entlassen. Dieses Mal erfolgt die Entlassung der Reservisten vierzehn Tage früher. Die Truppentheile müssen anläßlich dieses Versuches Bericht darüber erstatten, ob die frühzeitige Entlassung für die Ausbildung der Mannschaften von Nachtheil ist.

Der Kaiser und das „Vaterland". Gegen den „Vaterland"artikel über die krachenden Throne soll sich, wie der konservativen „Elbinger Zeitung" von „durchaus vertrauenswürdiger Seite" versichert wird, der Kaiser im Manöverterrain aufs schärfste ausgesprochen haben. Das konservative Blatt meldet: „Die Auslassungen des sächsischen Organs sind dem Monarchen von derselben Persönlichkeit unterbreitet worden, die ihm jüngst den vielbesprochenen Demagogenartikel des Wehlauer Kreisblattes, der sich gegen die Agitation des Bundes der Landwirthe richtete, nach Norwegen nachsandte. Der Kaiser war sehr unangenehm davon berührt, daß jetzt auch Organe, die in erster Linie für königstreu und staatserhaltend gelten wollen, eine Tonart anschlagen, „die in wirklich patriotischen Kreisen nicht vernommen werden sollte." Der Monarch nahm auch keine Veranlassung, sein herbes Urtheil über diese oppositionelle Richtung zu mildern, als er von der Erklärung der Parteileitung der sächsischen Konservativen Kenntniß erhielt, daß die Partei den Auslassungen des Vaterlandes völlig fernstehe." — Das ist wohl das schlimmste, was dem „blamirten Blatte passiren konnte.

Ein neuer Schiffstrust. Die deutschen Dampfschifffahrts-Gesellschaften, welche am Verkehr nach dem La Plata betheiligt sind: die Hamburg-Südamerikanische Dampfschifffahrts-Gesellschaft, der Norddeutsche Lloyd, die Hamburg-Amerika-Linie und die Bremer Hansa-Linie, bildeten nach dem „Hamb. Corr." eine Interessen-Gemeinschaft für ihre La Plata-Linien. Diesem Kartell schlossen die englischen Kompagnien, soweit sie über kontinentale Häfen mit dem La Plata verkehren, sich an. Der Kontrakt wurde für drei Jahre geschlossen. Alle anderen englischen La Plata-Linien verbanden sich mit dieser Kombination zum Zwecke der Aufrechterhaltung gleicher Frachtraten. Eine ganz ähnliche Kartellirung dürfte für den Verkehr mit Brasilien geschlossen werden.

Kleine politische Nachrichten. Für Ausgestaltung fiskalischer Bergwerksanlagen soll der preußische Etat, der „Nationalliber. Korr" zufolge, auch für nächstes Jahr wieder eine größere Forderung enthalten. — Die nach Dresden einberufene Versammlung inaktiver Offiziere hat beschlossen, an das sächsische Kriegsministerium Eingaben zu richten, in denen Gleichstellung der bereits pensionirten Offiziere mit den Offizieren verlangt wird, die nach einem neuen Gesetz pensionirt werden. — Aus Furcht vor Strafe hat sich zwei Tage vor seiner Entlassung im Fort „Scharnhorst" in Thorn ein Obergefreiter vom 11. Fußartillerie-Regiment erschossen. — Ueber das Vermögen der agrarischen Hannoverschen Landesbank wurde am 19. September der Konkurs eröffnet. — Polizeilich sistirt wurde dieser Tage ein aus London in Berlin eingetroffener Anarchist, als er in Gesellschaft eines Berliner Anarchistenführers die Geschäftsstelle des Anarchistenblattes „Neues Leben" besuchte. Wie das Blatt berichtet, wurde der Engländer nach dem Alexanderplatz (Polizeipräsidium) gebracht, einem Verhör unterworfen, photographirt und andern Tags entlassen. — Ein politischer Wortwechsel im Café „Couronne" über den Friedenskongreß (Freidenkerkongreß? Red) führte nach der „Frankf. Ztg" in Genf zu einem Duell zwischen dem französischen Deputirten Cornet und einem italienischen Offizier, der schwer verwundet wurde. — Gegen den Marquis Dion, den nationalistischen Deputirten für das untere Loiredepartement, wird nach einer Meldung aus Paris das Strafverfahren eingeleitet werden, weil er die Bevölkerung dazu aufgereizt hat, ihre Einlagen aus der Sparkasse zurückzuziehen. — Nach in Cettinje eingetroffenen Meldungen mehren sich in jüngster Zeit im Distrikt Ipek die von Arnauten verübten räuberischen Ueberfälle in erschreckender Weise So wurde das Kloster Detcheni von Arnauten beschossen. Erzpriester Ottodem Radulowitsch wurde bei der Rückkehr nach seiner Pfarre von Arnauten überfallen, die ihm die für die Kirche gesammelten Gelder raubten. Die indische Regierung verbot jede Ausfuhr von Bälgen wilder Vögel. Damit ist eine große Bezugsquelle für europäische Märkte verstopft. — Dem „New York Herald" zufolge hißte England die Flagge über der von Venezuela beanspruchten Insel Pathos in der Nähe von Trinidad.

Frankreich.

Der Marineminister Pelletan ist verblüfft über die Aufnahme, die seine chauvinistischen Kundgebungen gefunden haben. Auf der Rückreise von Biserta begriffen, hielt er in Bastia auf Korsika bei einem ihm zu Ehren veranstalteten Bankett eine Rede, in welcher er, wie der „Matin" meldet, sagte: „Ich habe nur einen Fehler, ich bin bisher zu friedlich gewesen. Ich empfinde eine tiefe Freundschaft für Italien und habe es unter allen Umständen vertheidigt. Ich bin ein Freund der ganzen Menschheit und erstaune, daß man aus mir einen Eroberer machen will; das ist ein schlechtes Manöver, das jedermann durchschaut." — Pelletan wird jetzt wohl selbst noch kaum verlangen, daß jemand seine Theaterpraseu ernst nimmt.

China.

In den neuen Boxerkämpfen geht es sehr blutig zu; wer im Kampfe verschont bleibt, verfällt dem Henker. Es wird aus Peking berichtet, daß die Boxer in Tschengtu, die an den Straßenkämpfen theilgenommen haben, sämmtlich verhaftet wurden und noch mehr Hinrichtungen vorgenommen werden sollen. Die Lage ist dort besser geworden. Englische und französische Kanonenboote liegen innerhalb einer Entfernung von siebzig Meilen von Tschengtu. Eine Abtheilung französischer Matrosen ist jetzt in der Stadt; es wird erwartet, daß sie mit dem französischen Konsul an Bord des Kanonenbootes zurückkehrt. Aus dem Bericht des Konsularagenten, der wegen der Ermordung der Missionare Bruce und Lewis Nachforschungen angestellt hat, ergiebt sich, daß die Militärbefehlshaber in Tschentschaufu und Honan die Schuld trifft; der Befehlshaber in Honan hatte sich geweigert, Lewis zu empfangen. Die Mandarinen haben bereits acht Hinrichtungen vorgenommen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Montag, den 22. September.

Achtung Maurer! Ueber den Arbeitsplatz von Carl Thiel u. Söhne ist die Sperre verhängt.

Die Lohnkommission.

Der neue Stadtpark, der im Laufe der letzten Jahre auf den Galgenbrookswiesen angelegt worden ist, wurde am gestrigen Tage seiner Bestimmung übergeben. Zur Eröffnung hatte sich eine außerordentlich zahlreiche Menge eingefunden, die bei den Klängen der Stadtkapelle den neuen Park durchwandelte und entzückt war von der Schönheit der gärtnerischen Anlagen.

Im Baugewerbe von Hamburg und Umgegend herrscht noch keineswegs Frieden. Die Differenzen zwischen den Gewerkschaften und Innungen bestehen noch in voller Schärfe. Der Zentralverband der Maurer Deutschlands hat deshalb beschlossen, zumal die Innungsmeister des „Vierstädtebundes" den Versuch machen wollen, eine Massenheranziehung von Arbeitskräften aus aller Welt zu veranstalten, bis auf weiteres den Zuzug in diese Gebiete streng fernzuhalten, Bevor nicht die Forderungen voll bewilligt sind, soll kein Maurer und Bauarbeiter nach Hamburg und Umgegend gehen, der Zuzug muß streng ferngehalten werden!"

Einnahmen an Staats-Steuern und Abgaben. Im Monat August 1902 gingen ein an: Einkommensteuer 362 544,52 Mark; Eisenbahnsteuer 18 378,28 Mark; Erbschaftssteuer 10 997,68 Mark; Veräußerungsabgabe 5 234,54 Mark; Stempelabgaben 6 841,10 Mark; Schiffsabgaben 34 681,44 Mark. Insgesammt gingen im August ds. Js. an Staatssteuern und Abgaben also ein 438 677,56 Mark oder 3 107,32 Mark weniger als im gleichen Monat des Vorjahres. Vom 1. April bis Ende August gingen im laufenden Jahre 1 177 955,81 Mark ein (1901: 1 258 296,49 Mark.)

Ein Unfall, welcher bis jetzt noch gut abgelaufen ist, stieß Sonntag gegen Abend einer Frau Pötzsch in der Pagönienstraße zu. Während sie damit beschäftigt war, eine Waschleine von der Stange zu entfernen, stürzte sie infolge fehlender Schutzvorrichtung unter den Augen des Ehemannes auf das etwa 1 Meter tiefer liegende andere Dach. Hoffentlich hat der Sturz für die Frau, die sich in gesegneten Umständen befindet, keine üblen Nachwehen. Der Unfall ist übrigens lediglich eine Folge der schlechten Umfriedigung des Daches. Während dasselbe nach der Seite des angrenzenden Daches überhaupt keine Sicherung trägt, ist die freie Seite mit einer (!) fast ganz verfaulten Latte eingefriedigt.

Die öffentlichen Badeanstalten am Finkenberg in der Vorstadt St. Lorenz, an der Falkenwiese in der Vorstadt St. Jürgen und unterhalb der Alexanderstraße in der Vorstadt St. Gertrud werden für dieses Jahr am Dienstag, den 30. ds. Mts., abends geschlossen.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Radfahrer und einem Fußgänger fand am Freitag Vormittag gegen 10 Uhr dicht bei der Adlerstraße statt. Der Passant, welcher zur anderen Seite hinübergehen wollte, wurde durch das schnell daherkommende Rad zu Boden geworfen und am Hinterkopf und den unteren Theilen des Rückens (After) stark verletzt. Der Radler hatte sich wegen dieses Vorfalls nicht lange aufgehalten, sondern setzte seine Tour schnell fort; so kam es auch, daß die Nummer des Rades von dem Verletzten nicht festgestellt werden konnte, um den Besitzer strafgerichtlich verfolgen zu können.

Straßensperre. Wegen Verlegung eines Gashauptrohres wird die Pfaffenstraße vom 24. ds. Mts. ab für den Fuhrwerksverkehr gesperrt werden.

Wegen Wechselfälschung, Betrug und Unterschlagung wurde am Sonnabend der schon mehrfach vorbestrafte Kellner W. H. Tretau von der Strafkammer zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus, 300 Mk. Geldstrafe und 3 Jahren Ehrverlust verurtheilt.

Glück hatte der Schuhmacher A. L. mit seiner Berufung gegen ein Urtheil des Schöffengerichts, das ihn wegen Hehlerei — er hatte eine von einem guten Freunde gestohlene Uhr versetzt und den Erlös mit dem Diebe verbraucht — zu 1 Monat Gefängniß verurtheilt hatte. Die Berufungsstrafkammer ermäßigte die Strafe auf vierzehn Tage Gefängniß.

Nachtrag zum Wegpfandregister für die Wegegemeinde Vorwerk. Der von den Gemeindewegeschauern aufgestellte Entwurf eines Nachtrages zum Wegepfandregister der Wegegemeinde Vorwerk liegt im Geschäftszimmer des Vorsitzenden des Gemeindevorstandes zu Vorwerk vom 23. ds. Mts. bis 14. Oktober 1902 zu Jedermanns Einsicht aus. Alle Diejenigen, welche gegen den Entwurf Einwendungen erheben wollen, haben diese Einwendungen innerhalb vier Wochen bei der Wegebehörde einzubringen und zu begründen, widrigenfalls sie damit bei Feststellung des Nachtrages nicht weiter gehört werden.

Wegen Sittlichkeitsverbrechens verurtheilte am Sonnabend die hiesige Strafkammer den Arbeiter W. H. K. aus Schwartau zu zwei Jahren Zuchthaus. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Die Wasserwärme der Badeanstalt des Krähenteiches betrug Sonnabend 12 Grad Celsius.

pb **Uhrdiebstahl.** Ermittelt und festgenommen wurde ein hiesiges stellungsloses Dienstmädchen, welches am letzten Nachmittage einer alten Wittwe eine Taschenuhr gestohlen hatte. Die Uhr hatte das Mädchen bereits bei einem hiesigen Pfandgeschäft versetzt und das Geld verausgabt.

pb **Festgenommen** wurde ein Arbeiter aus Arnswalde, welcher von dem Königlichen Amtsgericht zu Arnswalde wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgt wird.

Schwartau. Mit Ach und Krach ist Freitag im Gemeinderath die Neupflasterung der Hauptstraße in zweiter Lesung beschlossen worden. Wiederum wurden, wie bei der ersten Berathung, sechs Stimmen dafür und sechs Stimmen dagegen abgegeben, sodaß der neuerwählte Gemeindevorsteher Hattenbach, der erstmalig den Vorsitz führte, den Ausschlag geben mußte. Er stimmte natürlich für die Neupflasterung.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Am Freitag Nachmittag stürzte in Altona das zweijährige Kind Krug, das in der elterlichen Wohnung in der Lohmühlenstraße 75, zweite Etage, auf die Fensterbank geklettert war, aus dem Fenster in die Tiefe hinab und trug so schwere Verletzungen davon, daß es bereits auf dem Transport nach dem Krankenhause verstarb. — Freitag Abend gegen 7½ Uhr entgleisten, einer Meldung des „Hamb. Correip." zufolge, auf dem Bahnhofe in Bergedorf beim Rangiren zwei Wagen eines Güterzuges. Das Gleis Berlin-Hamburg war dadurch einige Stunden gesperrt und die passirenden Züge hatten einige Verspätung. Weiterer Schaden wurde nicht angerichtet. — In einer Gastwirthschaft in Heide kam ein Herr aus Schleswig durch eine auf dem Fußboden liegende Apfelschale zum Ausrutschen und brach ein Bein. Glücklicherweise ist der Gastwirth haftpflichtversichert, so daß er vor größerem Schaden bewahrt bleibt. — Der Schooner „Sigard", beheimathet in Flensburg, ist Freitag auf der Reise nach Kopenhagen bei Falstar gesunken. Die Mannschaft konnte gerettet werden. — Als der Lehrling eines Bäckermeisters in einem Dorfe bei Tondern in den Backofen hineinsehen wollte, wo er ein merkwürdiges Knistern und Knattern hörte, gab es einen gewaltigen Knall, und der Lehrling wurde im Nu von einem Flammenmeer umhüllt. Der junge Mensch wurde entsetzlich zugerichtet. Vom Gesicht hing die Haut in Fetzen herunter, und auch sonst erlitt er schwere Brandwunden. Ein telephonisch aus Tondern herbeigerufener Arzt konnte feststellen, daß die Augen glücklicherweise nicht gelitten hatten. Man nimmt an, daß Jemand, während der Ofen kalt war, Pulver in denselben gelegt hat, denn die Explosion erfolgte fast unmittelbar, nachdem man Feuer angelegt hatte. — Die Sache ist zur Anzeige ge-

bracht. — Auf dem Gute Laschendorf gerieth Donnerstag Abend der Gutsarbeiter Meier auf dem Gutshof mit dem Gutspächter Dürkow in Streit, in dessen Verlauf Meier plötzlich einen Revolver zog und fünf Schüsse auf den Gutspächter und einen Schuß auf den Vorschnitter abfeuerte, die aber zum Glück sämmtlich fehlgingen. Die auf dem Gutshofe anwesenden Arbeiter stürzten sich auf Meier und brachten ihm so schwere Verletzungen bei, daß er nach Malchow ins Krankenhaus gebracht werden mußte. — Nach einer in Borkum angetriebenen Flaschenpost ist das Husumer Schiff „Jooland" mit seiner ganzen Besatzung am 16. September in einem Sturm in der Nordsee untergegangen.

Hamburg. Ein grauenhafter Unglücksfall ereignete sich Freitag beim Bahnhof Sternschanze. Der Arbeiter Tecklenburg war beim Aufladen von Holz beschäftigt und wollte zwischen zwei Waggons hindurchgehen. In diesem Augenblick setzte sich die Rangirmaschine in Bewegung, der Unglückliche gerieth zwischen zwei Puffer und wurde buchstäblich zerquetscht. — Am hellen Tage überfallen wurde der am Neustedter Neuenweg wohnende wohnende Schuhmacher Karl Vogel. Eine aus 6 Personen bestehende Bande verschleppte V. in einen Thorweg, mißhandelte ihn und beraubte ihn seines Portemonnaies mit 58 Mk. Inhalt. Von den Straßenräubern fehlt jede Spur. — Aus dem Fenster gestürzt. Der 19 Monate alte Sohn der Eheleute Meißner, Mozartstraße 32, war auf einen Stuhl geklettert und hatte sich am offenen Fenster hinausgelehnt. Dabei hatte er anscheinend das Gleichgewicht verloren oder einen Schwindelanfall bekommen und ist aus der zweiten Etage auf die Straße gestürzt. Man brachte das unglückliche Kind, das schwere innere und äußere Verletzungen erlitten hatte, in die elterliche Wohnung, wo es bald verstarb.

Hamburg. Ein Bühnenarbeiter-Ausstand ist am Mittwoch in der „Zentralhalle" ausgebrochen. Die Arbeitseinstellung erfolgte, weil die Direktion die von den Arbeitern geforderte Lohnerhöhung von 90 auf 100 Mark monatlich abgelehnt hat. Die Hilfs- und Kulissenarbeiter, die für jede Abendvorstellung 1 Mark erhalten, schlossen sich den Streikenden an, weil ihre Forderung, daß ihnen auch für die Sonntagsnachmittag-Vorstellungen eine Mark gezahlt werde, ebenfalls abgelehnt worden ist. Hinter den Kulissen herrschte infolge dieses plötzlich ausgebrochenen Streiks eine begreifliche Erregung. Alle nur irgend verfügbaren Personen mußten mit Hand anlegen, die „Kulissen schieben" usw., um die Vorstellung, deren Abschluß sich über eine Stunde gegen sonst verspätete, programmmäßig ihrem Ende entgegenzuführen.

Hadersleben. Die vorgeladene Todte. Peter Nissen-Westergaard in Hörsbro, sowie seine Mutter wurden vom Amtsvorsteher in Scherrebeck vorgeladen, um bezüglich ihres Unterthanenverhältnisses vernommen zu werden. Peter Nissen war in der Lage, schriftliche Beweise vorlegen zu können, daß er als preußischer Unterthan anerkannt worden ist. Seine Mutter dagegen, sagte Herr Nissen, sei leider am Erscheinen verhindert, da sie vor 32 Jahren gestorben sei. — Der Verpreußungseifer geht also so weit, daß man sogar die Todten vorladet, um sie auszuweisen!

Schwerin. Wegen Majestätsbeleidigung erschien Mittwoch auf der Anklagebank vor der hiesigen Strafkammer die bis dahin unbestrafte Schnitterfrau Emma Müller, geb. Lehn, in Niendorf a. Poel, geb. am 14. Juni 1870. Die Verhandlung endete damit, daß die Angeklagte wegen einer Bemerkung über den Kaiser auf Grund des § 95 des St.-G.-B. in eine Gefängnißstrafe von zwei Monaten verurtheilt wurde.

Oldenburg. Fideles Gefängniß. Zwei Tage verhandelte die hiesige Strafkammer des Landgerichts unter Ausschluß der Oeffentlichkeit einen Prozeß in Gefängnißangelegenheiten. Zwei Wärter, Osterthun und Kühling, waren wegen angeblicher Unsittlichkeiten gegen weibliche Insassen des Gefängnisses angeklagt und seit Juni in Haft. Wegen Mangels an Beweisen und der nachgewiesenen Verlogenheit und Unzuverlässigkeit der Beschuldiger, weiblicher Gefängnißinsassen, sprach man die Angeklagten frei. Ferner wurde gegen die Aufseher Willers und gegen zwei weibliche Gefangene wegen Bestechung verhandelt. Diese wurde theilweise nachgewiesen. Die Willers wurde zu acht Monaten Gefängniß (drei Monate Untersuchungshaft sind abzurechnen), die Händlerin Schweiger-Jever zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt, während die Fischer-Bant freigesprochen wurde. Man hatte fröhliche Gelage im Weibergefängniß veranstaltet, die von der Aufseherin geduldet wurden. Der Inspektor der Anstalt ging infolgedessen bereits in Pension.

Letzte Nachrichten.

Kattowitz. Mit dem Fleischermesser erstochen. Auf dem Wochenmarkte in Lipine erstach am Freitag eine Fleischersfrau im Streite ihren Schwiegersohn mit einem Fleischermesser. Die Frau wurde verhaftet.

Berlin. Von einem Eisenbahnzug ließ sich am Freitag auf der Wannseebahnstation Friedenau vor den Augen zahlreicher Passagiere der Hausdiener Waldemar H. aus Berlin überfahren. Das Motiv zur That ist nicht bekannt.

Halle a. S. Als Mörder des Gendarmen Huß bei der Wöemlitzer Wilddiebs-Affaire wurde der Arbeiter Fleischhauer verhaftet, dessen Frau bei dem Verhör die Betheiligung ihres Mannes zugab. Die Kleider des Arbeiters sind blutbefleckt, seine Hände zerkratzt.

Paderborn. Von der Eisenbahn überfahren. Sonnabend Abend um 6 Uhr wurde vor dem Bahnhof Paderborn, an der Lippspringer Chaussee von dem Personenzug Paderborn-Sennelager ein Wagen, in dem sich Kurgäste aus Lippspringe befanden, überfahren. Ein Herr wurde auf der Stelle getödtet, eine Dame schwer, eine andere leicht verletzt; der Kutscher blieb unversehrt.

Silkeborg (Jütland). 1½ Millionen unterschlagen. Bei der Revision der hiesigen Sparkasse wurde ein Fehlbetrag von mehr als anderthalb Millionen Kronen entdeckt. Der Kassirer, beide Direktoren sowie ein Mitglied des Aufsichtsraths sind, wie die „Voss. Ztg." meldet, flüchtig.

Lemberg. Neue Sträflingsrevolten. Wie gemeldet wird, haben sich die Excesse im dortigen Zuchthause am Freitag Abend wiederholt. Die Ursache der Exzesse soll hauptsächlich der Umstand sein, daß ein Sträfling infolge einer Disziplinarstrafe drei Tage und Nächte in einem Dunkelarrest ohne jede Nahrung gelassen wurde.

Budapest. Bergwerks-Attentat. Der Gustavschacht des der Nordungarischen Kohlenbergbaugesellschaft gehörigen Baglyasalyaer Kohlenbergwerks wurde Freitag von verbrecherischer Hand in die Luft gesprengt und zum größten Theil zerstört. Das Attentat wurde von einem Bergarbeiter Namens Rudolf Szabo verübt. Szabo, der verhaftet wurde, giebt an, er sei schlecht behandelt worden. Menschenleben sind glücklicher Weise nicht verunglückt.

Odessa. Verhaftete Mädchenhändler. Die russische Polizei verhaftete auf dem Bahnhofe im Eisenbahnzuge die Mädchenhändler Flischeris und Kreimer, die im Begriffe waren, mit ihren Opfern, schönen jungen Mädchen, nach Irkutsk abzureisen.

Amsterdam. Ein wahnsinnig gewordener Lehrer hat in Werndam (Provinz Groningen), der „Voss. Ztg." zufolge, fünf Schulkinder erdrosselt, sieben andere schwer verletzt. Hierauf ertränkte der Wahnsinnige sich im Dorfteiche.

London. Der Luftschiffer Stanley Spencer stieg Freitag Nachmittag vom Krystallpalast mit seinem lenkbaren Ballon „Mellin" auf. Nachdem er eine Höhe von 1000 Fuß erreicht hatte, flog Spencer über London und stieg nach einer etwa zweistündigen Reise wohlbehalten unweit Harrow nieder. Die Distanz beträgt etwa 30 englische Meilen. Die Luftreise war durchweg überaus erfolgreich.

Newyork. Eine verhängnißvolle Panik. Der „Frankf. Ztg." wird gekabelt: Bei einem Kongreß der Neger-Baptistengemeinschaft „Shiloh" in Birmingham (Alabama) entstand in der Baptistenkirche eine entsetzliche Panik, bei der gegen 80 Personen getödtet, eben so viel schwer und über 100 leicht verletzt wurden. Während einer Rede des farbigen Schulmannes und Publizisten Brooker Washington, der etwa 2000 Personen zuhörten, geriethen in der dicht gedrängten Menge zwei Neger in eine Schlägerei, einige Personen riefen darauf „Fight! fight!", was von Fernstehenden als „Fire! Fire!" gedeutet wurde. Sämmtliche Anwesende drängten infolge dessen den Ausgängen zu. Es kam zu schrecklichen Szenen. Männer und Frauen sprangen auf die Bänke, viele Personen fielen herunter und wurden von Hunderten mit Füßen getreten. Im ersten Ansturme kamen fast alle Kinder ums Leben. Eine spätere Meldung besagt noch: Die Feuerwehr wurde requirirt und diese trug wesentlich dazu bei, daß die Panik beendet wurde. Die Zahl der Todten beträgt insgesammt achtzig.

Newyork. Gattenmord. Der Enkel des Mormonenapostels Brigham Young ermordete seine junge Frau Anna geb. Pulitzer, nachdem er sie in die väterliche Wohnung gelockt hatte. Der Vater, ein sehr bekannter Finanzmann, weilt gegenwärtig in Paris.

Adelaide. Erdbeben. Freitag Morgen wurde in verschiedenen nördlichen Städten von Südaustralien ein Erdbeben verspürt; in Adelaide erfolgte Freitag Abend ebenfalls ein heftiger Stoß. Das Erdbeben verursachte große Beunruhigung in der Bevölkerung; mehrere Kirchen und andere Gebäude wurden beschädigt, und einige Personen entgingen nur mit knappen Noth der Lebensgefahr.

Lübecker Marktpreise vom 20 September.

Bauern-Butter 1,20 Mk., Meierei-Butter 1,35 Mk., Hasen Stck. 3 30 Mk., Enten Stck. 2,80 Mk., Hühner Stck. 1,70 Mk., Kälen Stck. 1,— Mk., Tauben Stck. 0,55 Mk., Gänse Pfd. —,68 Mk., Flickgans — Mk., Schweinskopf 0,50 Mk., Schinken Pfd. 115 Pfg., Wurst Pfd. 1,25 Mk., Eier 8 Stck. 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Karpfen Pfd. 1,— Mk., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 70 Pfg., Barsche Pfd. 70 Pfg., Aal Pfd. 0,90 Mk.

Ein frdl. Logis für r. jg. Mann
mit Kaffee 2,50 Mk.
Langer Lohberg 35, part.

Eine leere Stube nach vorne
zum 1. Oktober oder später billig zu vermiethen
Glandorpstraße 16.

Zu miethen gesucht **eine kleine freundliche Wohnung** von 160—200 Mk, am liebsten Hüxterthor. Offert. u. **Sch 20** an die Exped. dies. Bl.

Zum 1. Januar **eine Wohnung** (part) zu vermiethen, Preis 165 Mk.
Elswigstraße 21 a

Gesucht zu sogleich ein junger zuverlässiger, unverheiratheter Knecht, der auch mit Pferden Bescheid weiß geg. guten Wochenlohn
Langer Lohberg 49

Gesucht zu sofort oder zu Ostern 1903
ein Schmiedelehrling.
Joh. Brinckmann, Lachswehr-Allee 1 a.

Barbiergehülfe gesucht
zur Aushülfe, Wochenlohn 20 Mk.
Fr. Ohrt, Barbier und Friseur.

Eine Bettstelle mit Seegrasmatratze
billig zu verkaufen Friedenstraße 1 a.

Ein Vertikow zu verkaufen
Dankwartsstraße 4, 1. Et., Mühlenthor.

Ein großer starker Kinderwagen
gut zum Handeln, zu verkaufen
Schwartzstraße 15 a.

Ein guterh. Winter- u. Sommerpaletot und ein Sopha billig zu verkaufen
Augustenstraße 13 a. part.

Billig zu verkaufen ein Roman „Röthchen Schneider", 100 Hefte
Aegidienstraße 69/12.

Billig zu verkaufen **Bettzeug** Beckergrube 60, 2. Etage, sehr guterhaltenes

Guter bürgerlicher Mittagstisch, 7 Tage 3 Mk. Ludwigstraße 38.

Fisch-Karbonade
Pfund 45 Pfg.
gebraten Pfund 60 Pfg.
J. Platk, Fischkonservenfabrik,
Dornestraße 17.

„Die Hütte"
Zeitschrift für das Volk und seine Jugend.
Monatlich 2 Hefte à 25 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandl. Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Oeffentliche Versammlung
aller
Angestellten im Gastwirthsgewerbe
am Mittwoch den 24. September
Nachmittags 3½ Uhr
im Bürgerverein, Königstrasse 25.

Tages-Ordnung:
1. Die Bundesraths-Verordnung und der Verband deutscher Gastwirthsgehülfen.
Referent: Kollege Poetzsch-Berlin.
2. Diskussion.
3. Eventl. Gründung einer Ortsverwaltung und Wahl eines Vorstandes.

Der Einberufer.

„Granitin"
bestes, schnell trocknendes Fußbodenglanz-Oel. Zu haben bei
August Faasch, Blücherstr. 23.

Entlaufen ein junge, schwarzer Kater
mit gelbem Halsband. Abzugeben
Engelsgrube 43/5.

Brennholz
trockene, kurz gesägte schwedische Plankenenden
per Sack 75 Pf., 5 Sack 3,50 Mk.
Fischergrube 52.

Miethe-Quittungs-Formulare
Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.

Uhren reinigen . 1,50,
Federn einsetzen . 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. **0,30.**
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Hüxstraße 32.

Doppelt gesiebtes, stets lockeres
Weizen-Dampfmehl
von neuem Weizen empfiehlt
Obertrave 8. Ludw. Hartwig.
Filiale Untertrave 69.

Holzarbeiter-Verband

Mitglieder-Versammlung
am Dienstag den 23. Septbr.
Abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:
1. Weihnachtsfeier.
2. Fragekasten.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Lokalverwaltung.

Circus Variété Reuterkrug.
Das großartige
Eröffnungsprogramm
Anfang präz 8 Uhr. Kasseröffn. 7 Uhr.
Vorverkauf an den bekannten Stellen bis Abends 6 Uhr und an der Circuskasse von 11—1 Uhr Morgens.

Wo amüsirt man sich?
Im gemüthlichen
Apollo-Theater
(Fünfhausen).
Heinr. Kalnberg's hochinteressantes Elite-Spezialitäten-Programm.
Anfang der Vorstellung präzise 8 Uhr.
Billige Vereins-Billets im Vereinshause.

Verantwortlicher Redakteur Otto Friedrich — Verlag: Theodor Schwartz — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtlich in Lübeck

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 222. Dienstag, den 23. September 1902. 9. Jahrgang.

Die rothe Woche in München.

(Originalbericht des „Lübecker Volksbote.")

Sozialdemokratischer Parteitag.

München, den 18. Sept. 1902.

Vierter Verhandlungstag.

Nachmittagssitzung.

v. Vollmar eröffnet die Sitzung um 1/23 Uhr.

Zum Punkt „Arbeiterversicherung" sind folgende Anträge gestellt:

Hoch-Hanau beantragt statt Ziffer 4 der Resolution Molkenbuhr's „Heranziehung aller Klassen zur Tragung der Kosten" zu sagen: „Deckung der Kosten durch eine progressive Einkommensteuer", und in Ziffer 5 „Bekämpfung von Volkskrankheiten durch die Krankenversicherung", statt Krankenversicherung zu sagen: „Arbeiterversicherung".

C. Windhoff-Düsseldorf beantragt:

„Der Vortrag des Genossen Molkenbuhr über Arbeiterversicherung ist, wenn möglich, als Agitationsschrift zur Massenverbreitung geeignet, herauszugeben und zu möglichst billigem Preise an die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen abzugeben."

v. Elm-Hamburg beantragt:

„In Bezug auf Punkt 7 der Resolution „Einführung der Arbeitslosenversicherung" schließt sich der Parteitag den vom Stuttgarter Gewerkschaftskongreß angenommenen Grundsätzen an."

Bernstein-Berlin beantragt, den Eingang der Resolution durch folgende Fassung zu ersetzen:

„Die Versicherungsgesetze des deutschen Reiches, die hauptsächlich erlassen wurden, die Armenkassen vor Ueberlastung zu bewahren und die den Unternehmern zufallende Schadenersatzpflicht zu vermindern, genügen in keiner Beziehung den Anforderungen der Arbeiterklasse."

Hoch-Hanau: Den Antrag v. Elm halte ich für bedenklich. Der Parteitag darf sich in dieser Frage noch nicht binden, dazu ist die Frage noch nicht geklärt genug. Die Resolution Molkenbuhrs hätte uns früher zugehen müssen, hier kommt es auf den Wortlaut an. Redner empfieht des Weiteren seinen Antrag. Daß die Leistungen der Arbeiterversicherung ein Theil des Lohnes sind, hat Molkenbuhr selbst zugegeben, daher müssen sie auch durch eine progressive Einkommensteuer aufgebracht werden.

Zubeil-Berlin: Differenzen bestehen über die Ausführung der Arbeitslosenversicherung. Die Gewerkschaften sind gegen die Molkenbuhr'sche Auffassung. Ich kann den Standpunkt der Gewerkschaften nicht theilen. Das Reich muß zu den Kosten für die Arbeitslosenversicherung herangezogen werden. So schlecht stehen die Gewerkschaften nicht, daß ihnen eine vom Reich getragene Arbeitslosenversicherung schaden kann. Es bleibt den Gewerkschaften trotzdem ein reiches Feld der Bethätigung. Sie können ihre gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung neben der Reichsversicherung fortführen. Aber die Arbeiterklasse hat ein Recht, vom Reiche zu fordern, was ihr rechtmäßig gehört.

Raab-Pfangstadt: Molkenbuhr hat mit Recht die Berufskrankheiten als Betriebsunfälle charakterisirt. Besonders die Phosphornekrose gehört dazu. Die Arbeiter der Phosphorindustrie hoffen dringend auf eine Aenderung bei der Revision des Krankenversicherungsgesetzes, nachdem sie bei der Revision des Unfallversicherungsgesetzes leer ausgegangen sind. Mit dem Antrag, den Vortrag Molkenbuhrs als Broschüre drucken zu lassen, bin ich einverstanden.

Frau Lily Braun-Berlin: Die Frauenkonferenz hat beschlossen, die Wöchnerinnen-Unterstützung in der Weise auszubauen, daß auch Schwangere in einer gewissen Zeit vor der Entbindung eine Unterstützung in voller Höhe des ortsüblichen Lohnes erhalten sollen. Zu diesen Unterstützungen, die man allgemein als Mutterschaftsunterstützung bezeichnen kann, würden auch Wöchnerinnenasyle, Säuglingsheime usw. gehören, auch z. B. die Hauspflege der im Hause verbleibenden Wöchnerinnen. Gerade wenn wir die Frauen für unsere Ideen gewinnen wollen, ist die Propagirung solcher Unterstützungen durchaus geboten. (Hier ertönt ein Knall und eine Flamme lodert auf. Die Delegirten erheben sich erschreckt von den Plätzen. Unter allgemeiner Heiterkeit stellt sich indeß heraus, daß ein Photograph, von den Meisten unbemerkt, mit Blitzlicht operirt hatte.) Solche Einrichtungen wie Säuglingsheime 2c. sollen allerdings nicht den Gemeinden überlassen bleiben. Es ist ja bekannt, daß heute vielfach Säuglinge die Versuchskaninchen für ärztliche Anfänger sind. (Sehr richtig!) Diese Mutterschaftsunterstützung liegt auch im Interesse der bestehenden bürgerlichen Gesellschaft, denn sie braucht ein arbeitskräftiges, auch kriegstüchtiges Volk. Ich möchte die Wünsche der Frauen der Fraktion zur Berücksichtigung und Unterstützung überweisen. (Beifall.)

Wolff-Bochum hält eine Reform der Krankenkassengesetzgebung für dringend. Die Hauptsache sei, daß eine gute Auskurirung der Arbeiter garantirt werde, daß sie gut ernährt und nicht vorzeitig gesund geschrieben werden. Was die Arbeitslosenversicherung anlangt, so sind die Gewerkschaften gegen eine Reichsarbeitslosenversicherung, weil sie wohl mit Recht fürchten, daß das Reich, wenn es sich zur Arbeitslosenversicherung aufschwingen würde, die Thätigkeit der Gewerkschaften in Bezug auf Streiks 2c. lahm legen würde.

Grünwald-Hamburg: Wir haben es nicht nöthig, uns in der Frage der Arbeitslosenversicherung festzulegen. Wir können der Fraktion nicht die Hände binden. Die bürgerliche Gesellschaft will ja eine Arbeitslosenversicherung machen. Warten wir ab und nehmen wir dann Stellung. In der Fraktion sind ja beide Anschauungen vertreten. Die allgemeine Fassung der Molkenbuhr'schen Resolution können wir ruhig annahmen. Im weiteren Verlauf tritt Redner dafür ein, daß die Partei die einseitige Hetze gewisser Kreise gegen die freien Hilfskassen nicht mitmache. Schädlich seien nur die Fabrikkassen.

Eitzeroth-Krefeld beantragt folgende Resolution:

„In Anbetracht des Umstandes, daß innerhalb der politisch und gewerkschaftlich organisirten Arbeiterschaft Deutschlands die Ansichten über die Art und Weise der Einführung der Arbeitslosenversicherung völlig getheilt sind, beschließt der Parteitag, diesen Punkt auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages zu setzen, in der Gewißheit, daß sich bis dahin die Meinungen geklärt haben werden."

v. Elm-Hamburg: Mehrere Redner meinten, es sei nicht zweckmäßig, daß sich der Parteitag in der Frage der Arbeitslosenversicherung bindet. Wenn Sie aber die Resolution Molkenbuhr, die eine einheitliche Reichsarbeitslosen-Versicherung wünscht, annehmen, dann haben Sie sich gebunden und haben sich in Gegensatz zu dem Stuttgarter Gewerkschaftskongreß gesetzt. (Sehr richtig!) Der einzige Ausweg wäre, den Punkt 7 überhaupt zu streichen. Die Stellungnahme auf ein Jahr verschieben, hat gar keinen Zweck, denn auch dann noch besteht der Beschluß des Gewerkschaftskongresses und die Gewerkschaften wären sehr erstaunt, wenn der Parteitag sich auf einen dem ihren entgegengesetzten Standpunkt stellte. Der Genosse Molkenbuhr war in seinen Ausführungen außerordentlich optimistisch. Er meinte, die Selbstverwaltung würde schon gewährt werden, weil man ohne dieselbe nicht auskommen könnte. Auch bei der Krankenversicherung hätten die Arbeiter ja ein gewisses Maß von Selbstverwaltung. Um das Maß handelt es sich aber gerade. Die Gewerkschaften verlangen bei Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung volle Selbstverwaltung; es ist aber klar, daß wenn Reich und Unternehmer zusammen zwei Drittel der Beiträge zahlen, sie auch zwei Drittel der Verwaltung für sich verlangen werden. Die Regierung wird ja nicht bald mit einem solchen Gesetzentwurf kommen, wenn sie auch einen Vertreter zum Gewerkschaftskongreß gesandt hat. Wir haben also Zeit genug, Stellung zu nehmen, wenn die Vorlage vorliegt. Wollen Sie sich aber jetzt entscheiden, dann thun Sie es nicht im Gegensatz zum Gewerkschaftskongreß. Man sagt immer, die Arbeiter sollen gefragt werden, sie sollen statistisches Material liefern, und hier, wo ein direkter Beschluß des Gewerkschaftskongresses vorliegt, wollen Sie sich auf einen entgegengesetzten Standpunkt stellen. Das würden die Arbeiter nicht verstehen. Die Gewerkschaften befürchten, daß bei staatlicher Regelung der Frage ihnen Bedingungen bezüglich Streiks, Sperre usw. auferlegt werden, die sie unter keinen Umständen annehmen können. Auch wir wollen die Arbeitslosen-Unterstützung für alle Arbeiter, aber nicht plötzlich. Durch die Reichszuschüsse sollen die Gewerkschaften gestärkt werden, sie sollen ihre Arbeitslosen-Unterstützung weiter ausbauen und dadurch soll dann die Basis für eine alle Arbeiter umfassende Versicherung geschaffen werden. Die Gewerkschaften sind allerdings im Gegensatz zu Molkenbuhr der Meinung, daß die Zwangskrankenversicherung sie in ihrer Entwicklung gehemmt habe, und nun soll hier eine neue Zwangsgesetzgebung eintreten, während gerade jetzt viele große Gewerkschaften, wie die Metallarbeiter, Holzarbeiter, daran sind, die Arbeitslosenversicherung erst allmählich auszubauen. Molkenbuhr zäumt das Pferd beim Schwanz auf. Er will durch die Arbeitslosen-Unterstützung die achtstündige Arbeitszeit, das Koalitionsrecht der Landarbeiter. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Zuerst muß das Koalitionsrecht für alle Arbeiter gewährt werden, so verlangen es die Gewerkschaften. Von der Schaffung einer Arbeiteraristokratie kann bei uns keine Rede sein. Das verhindert der enge Zusammenhang, der bei uns zwischen Partei und Gewerkschaften besteht, und im Interesse dieses Zusammenarbeitens bitte ich Sie, setzen Sie sich nicht in Gegensatz zu dem Gewerkschaftskongreß.

Diehl-Frankfurt a. M. erklärt sich mit den Ausführungen Molkenbuhrs einverstanden, mit Ausnahme seiner Stellung zur Arbeitslosenversicherung. Er erklärt sich gegen die freien Hülfskassen. Es sei nothwendig, sich der Ortskassen völlig zu bemächtigen und sie immer weiter auszubauen.

Rudolph-Nürnberg beantragt, die Resolution Molkenbuhrs und alle dazu gestellten Abänderungsanträge einer Redaktionskommission zu überweisen.

Singer hält das nicht für nothwendig, da sachliche Meinungsverschiedenheiten nur in Bezug auf die Arbeitslosenversicherung bestehen.

Der Antrag Rudolph wird daraufhin abgelehnt.

Eduard Bernstein-Berlin empfiehlt seine rein redaktionelle Abänderung zum Absatz 1 der Resolution, mit der sich auch Molkenbuhr einverstanden erklärt habe. In die Diskussion über die Frage der Arbeitslosenversicherung wolle er nicht eingreifen. Er könne sich keine Arbeitslosenversicherung denken ohne die Mitwirkung der Gewerkschaften; er könne sich aber auch Gemeinde und Staat nicht ausgeschaltet dabei denken. Die Molkenbuhr'sche Resolution sei so allgemein gefaßt, daß er trotz seiner starken Parteinahme für die Gewerkschaften mit gutem Gewissen für sie stimmen könne.

Dr. Leo Arons-Berlin beantragt, vor Punkt 7 der Resolution Molkenbuhr einzuschalten: „Organisation des Arbeitsmarkt." Redner weist kurz auf die Zusammensetzung zwischen Arbeitsmarkt und Kranken- und Invalidenversicherung hin. Für die Arbeitslosenversicherung aber sei die Organisation des Arbeitsmarkts geradezu Vorbedingung. Württemberg, Baden und Bayern haben bereits die kommunalen Arbeitsnachweise im Landesverbände zusammengefaßt; es wäre von großer Bedeutung, daß die Vertreter der Sozialdemokratie sich für die Ausdehnung solcher Organisationen über das Reich aussprächen. In Bezug auf die Frage der Arbeitslosenversicherung theile er ganz die Ansicht von Bernstein.

Schrader-Braunschweig sieht in der Molkenbuhr'schen Fassung der Resolution zur Arbeitslosenversicherung keine Festlegung. Das thue aber die Resolution des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses. Molkenbuhr sage nur allgemein, die Arbeitslosenversicherung ist eine Nothwendigkeit, und darüber sind wir alle einig. Ich bitte Sie, die Resolution Molkenbuhr anzunehmen, weil sie uns den weitesten Spielraum in der noch lange nicht geklärten Frage läßt.

Dr. Borchardt-Charlottenburg schließt sich dem Antrag Elms an. In unserem Programm steht der Satz: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk des Proletariats selbst sein. Das bedingt, daß wir auch dafür eintreten, daß die Arbeitslosenunterstützung nur unter voller Selbstverwaltung der Arbeiter eingeführt werden darf. Dem Wortlaut nach wird ja auch in der Resolution Molkenbuhrs diese Selbstverwaltung durch Punkt 3 gewährt, aber aus der Begründung Molkenbuhrs geht doch hervor, daß er nur ein gewisses Maß von Selbstverwaltung wünscht, da er ja zwei Drittel der Beitragslast dem Reich und den Unternehmern überträgt.

Frau Zietz-Hamburg: Die Frauenkonferenz hat die Mutterschaftsversicherung gefordert und wollte die Kosten durch eine Reichseinkommensteuer aufgebracht wissen. Was wir bezüglich des Ausbaues der Arbeiterinnenversicherung gefordert haben, beantragen wir jetzt als Punkt 6 in die Resolution Molkenbuhr einzuschieben: „Verbot der Beschäftigung von Schwangeren und Wöchnerinnen 4 Wochen vor und 6 resp. 8 Wochen nach der Entbindung, und Gewährung von Krankengeld während dieser Zeit in der Höhe des ortsüblichen Tagelohns." Wir fordern dies gerade im Hinblick auf die bevorstehende Revision des Krankenversicherungsgesetzes, das ja bekanntlich nur für 4 Wochen vor der Entbindung die Hälfte, im Höchstfalle zwei Drittel des ortsüblichen Tagelohns gewährt. Im Interesse der Gesundheit der Arbeiterinnen und der Kinder, denen sie das Leben geben sollen, bitte ich Sie unseren Antrag anzunehmen. (Bravo!)

Molenbuhr (zur Geschäftsordnung): Es wird jedenfalls zur Abkürzung der Diskussion beitragen, wenn ich erkläre, daß durch die Annahme des Punktes 7 meiner Resolution die Form, in welcher die Arbeitslosenversicherung durchgeführt werden soll, keineswegs gebunden ist, sondern daß die Art der Durchführung immerhin Gegenstand späterer Beschlußfassung bleiben wird. Die Resolution bringt lediglich zum Ausdruck, daß wir eine Arbeitslosenversicherung wollen.

v. Elm-Hamburg und Eitzeroth-Krefeld ziehen daraufhin ihre Anträge zurück.

Leib Weihnachtskuchen und sein Kind.

Erzählung von Karl Emil Franzos.

31. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Die Kasia! . . ." Diesmal lachte Chane wirklich auf. Aber es war ein grauenvolles Lachen, das jählings in ein Röcheln umschlug.

„Lache nur!" schrie der Bauer in wilder Wuth, „deshalb wird deine Tochter doch mein Weib! Und willst du sie nicht taufen lassen, so wird sie meine Metze! Das kann mir noch lieber sein; dagegen hat auch der Pope nichts! Meine Metze — hörst du's, verdammte Jüdin, meine Metze, wenn ich will!"

Sie wollte erwidern, da brach ein Blutstrom von ihren Lippen. „Geh!" schrie Leib schrill auf, „du hast meine Frau getödtet!"

Entsetzt starrte der Bauer auf die Kranke, den Strom von Blut, der sich über Leib ergoß, der sie in den Armen hielt. Ohne die Augen von dem furchtbaren Bilde losreißen zu können, wich er langsam, rückwärts taumelnd, gegen die Thür zurück. Die Miriam hatte den Schrei des Vaters gehört und kam hereingestürzt. Ein Blick auf die Verblutende und den Mann an der Thür genügte, um sie errathen zu lassen, was da vorgegangen. „Mutter", schrie sie verzweiflungsvoll auf, — sie selbst wußte nicht, wie ihr die Worte auf die Lippen traten, ihr war's, als riefe sie eine Stimme in ihrem tiefsten Innern: „Mutter . . . ich will dir immer gehorsam sein!"

Die Augen der Sterbenden wurden noch einmal groß und weit; sie versuchte die Hand zu heben, als wollte sie sie drohend gegen den Mann strecken, der, von Entsetzen gelähmt, noch immer an der Thür lehnte und sie mit starrem Blicke ansah. Dann wandelte sich der Ausdruck der Züge und wurde mild und freundlich; mit dem letzten Aufgebote ihrer Kraft ließ sie die Hand auf das Haupt ihres Kindes sinken.

„Bleib'" — es klang kaum hörbar und nur wie ein Hauch — „bleib' ein ehrlich jüdisch Kind!"

XI.

Als der Pope Hilarion etwa eine Stunde nach dieser Begebenheit aus dem Fenster seiner Studirstube ins Unwetter hinausblickte, sah er seinen jungen Hausherrn barhäuptig, verstörten Gesichts und taumelnd durch Sturm und Regen heimwanken. Erschreckt ließ er ihn bei sich eintreten und fragte, was ihm begegnet. Aber es währte lange, bis er's erfuhr. Denn was er zunächst von Janko hörte, war nur die Klage: „Jetzt werden wir beide nur noch Ein Grab haben," und damit schloß er auch. „Ich habe die Jüdin in meiner grenzenlosen Wuth zu Tode geärgert und sie hat mich verflucht."

Der Pope war ein guter und kluger Mann. Hätte er von dem Tode des verworfensten Weibes im Dorfe vernommen, er wäre sofort aufgebrochen, die Familie zu trösten und ihr hilfreich zu sein. Der Jude, so sehr er ihn persönlich schätzte, ging ihn nichts an. Wohl fuhr es ihm durchs Hirn, wie hilflos der arme Mann nun beginnen werde, die Leiche nach Halicz zu schaffen, doch ihm beizustehen, war nach seiner Auffassung keines Christen Sache. Aber der junge Bauer da — das war ein Christ, dem mußte er helfen. Und so tröstete er ihn, daß ihm der Fluch einer Jüdin durchaus nicht schaden werden. Die Miriam müsse er sich freilich aus dem Kopfe schlagen, aber nicht deshalb, sondern weil es eine Sünde sei.

Am Nachmittag kam der Richter zum Popen. „Hochwürdiger," klagte er, „was fangen wir nun an? Ohne Schänke kann doch kein Dorf bestehen! Eben waren die Juden aus Halicz da und haben die Leiche fortgeschafft, den Leibko und seine Tochter mit. Wann kommt Ihr denn wieder? frage ich, aber darauf geben sie gar keine Antwort. Das Mädel gebärdet sich wie verrückt und klagt sich an, daß sie gegen die Mutter schlecht war, und dem Leibko rinnen auch die Thränen über die Backen und er schluchzt, aber flüstert in der jüdischen Sprache vor sich hin. Das versteh' ich ja nicht, sag' ich ihm, so antworte doch, wann du wiederkommst oder die Kasia schickst. Für heute mag's hingehen — wir sind ja keine Unmenschen — aber spätestens morgen früh muß die Schänke wieder offen sein, da brauchen wir sie! Aber er betet nur immerzu, als hätte ich Unsinnige gesprochen, und weint und weint. Hochwürdiger, das ist eine schwere Sache! Wir erwarten ja für morgen die Kommissiyja, die den Weg für das eiserne Pferd bestimmen soll."

„Die Schreiber brauchen ja die Schänke nicht," wandte der Pope ein. „Herr von Paterski hat sie zu sich eingeladen!"

„Die Schreiber nicht, aber wir!" erwiderte der Richter. „So bedenke doch, Hochwürdiger, morgen machen wir ja das große Geschäft! Morgen kommt der Haufen Gutes ins Dorf! So ein Haufen!" Er hielt die Hand hoch über den Tisch, um die Größe dieses Haufens Papiergeld zu bezeichnen. „Du hast doch ein Herz für uns, Hochwürdiger, und wirst verstehen: so ein Geschäft will begossen sein!"

„Es würde nichts schaden," dachte der Pope, „wenn man es erst am nächsten Sonntag begießen würden." Aber er wußte wohl, daß er einen so freventlichen Gedanken nicht äußern dürfe, ohne seine Volksthümlichkeit für immer einzubüßen, und daß es vielmehr seine Pflicht sei, dem Dorfe in dieser Noth beizustehen. Und so gab er dem Richter den Rath, einen Boten zum Vorsteher der Haliczer Judengemeinde zu senden, damit dieser ihm einen Stellvertreter für den Leib schicke.

Danach wurde gehandelt. Am Abend stand, wenngleich der Regen fortwährte, das halbe Dorf um die verschlossene

Bömelburg-Hamburg: Die Erklärungen der Genossen Molkenbuhr und v. Elm überheben mich weiterer Ausführungen zur Arbeitslosenversicherung. Der Punkt 6 der Resolution „weiterer Ausbau" der Unfallverhütungsvorschriften ist nicht glücklich. Die Hauptsache ist, daß die heute bestehenden Unfallverhütungsvorschriften befolgt werden. Wäre das der Fall, es würden heute viel weniger Unfälle passiren. Die Gesetzgebung muß den Arbeitern das Recht einräumen, die Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften zu überwachen. Wenn nur mit den Fabrikinspektoren Arbeiter an der Kontrolle theilnähmen, es wäre ein gut Theil besser. In Bayern giebt es Arbeiterkontrolleure; seit ihrer Anstellung ist eine bedeutende Besserung eingetreten. Ich bitte Sie, Ziffer 6 wie folgt zu fassen: 6. Weiterer Ausbau der Unfallverhütung, insbesondere Einführung einer Kontrolle durch seitens der versicherten Arbeiter gewählter und durch Reichsmittel besoldeter Beamten.

Windhoff-Düsseldorf befürwortet seinen Antrag, den Vortrag Molkenbuhrs als Broschüre drucken zu lassen. Die Broschüre verdient die weiteste Verbreitung und muß entsprechend billig sein.

Stubbe-Hamburg polemisirt gegen das den freien Hilfskassen von Grünwald gespendete Lob. Durch das Bestehen des Krankenkassengesetzes seien die Ortskassen der einzig gegebene Boden für die Bethätigung der organisirten Arbeiterschaft. Am besten würde es sein, den Punkt der Arbeitslosenversicherung ganz zu streichen und erst auf einem späteren Parteitag zu verhandeln.

Ein Schlußantrag findet genügende Unterstützung.

Dr. Rothe-Luckenwalde wendet sich gegen den Schlußantrag. Der Antrag Zietz könne so nicht angenommen werden. Es sei unmöglich, den Zeitpunkt der Entbindung 4 Wochen vorher festzustellen. Daher könne man auch nicht beschließen, daß 4 Wochen vor der Entbindung Unterstützung gezahlt werde.

Der Schlußantrag wird angenommen.

(Die Fortsetzung des Berichtes befindet sich im Hauptblatte. Die Red.)

Soziales und Parteileben.

Die Münchener Bäckergehülfen richteten in einer öffentlichen Versammlung nach einer Rede Molkenbuhrs das Ersuchen an den Magistrat, er möge eine Kommission zur Besichtigung sämmtlicher Schlafstellen der Gehülfen einsetzen. Es liege das im Interesse der Gehülfen wie des Publikums.

Die Mannheimer Gewerbegerichtswahlen, welche dieser Tage stattfinden sollten, sind von der Behörde ganz plötzlich auf einen späteren Termin verschoben worden.

Die Arbeitslosigkeit im Buchdruckgewerbe wird drastisch durch die Thatsache illustrirt, daß der Verband im Juli dieses Jahres an 4243 Arbeitslose für 75 540 Unterstützungstage 98 287,40 Mk. auszahlte.

Der Streik der Cigarrenarbeiterinnen der Firma Koch-Becker in Eupen ist nach einer Dauer von mehr als 10 Wochen beigelegt worden. Einen Vermittelungsvorschlag des Zentrumsabgeordneten Dasbach hatte die Firma abgelehnt, da sie mit Dasbach nichts zu thun haben wolle, dagegen nahm sie die Dienste des Ehrenraths der Ortsgruppe der (christlichen) Gewerkschaft der Zigarrenarbeiter sowie eines Mitgliedes des Vorstandes des christlichen Textilarbeiterverbandes an, und die mit diesen Herren gepflogenen Verhandlungen führten zum Ziel. Die Firma will ihre Lohnlisten mit denen Aachener Tabackfirmen vergleichen, außerdem sagte sie eine Lohnerhöhung für die eingeführten neuen Facons zu. Da die Forderungen der Ausständigen im Prinzip anerkannt worden sind, ist die Arbeit wieder aufgenommen worden. Dieser Streik wie auch so mancher andere in den dortigen Fabriken würde nicht so lange gedauert und die Arbeiterbevölkerung auch nicht so sehr erregt haben, wenn, wie man der „Frankf. Ztg." schreibt, Bürgermeister Mooren mehr Vertrauen in der Arbeiterschaft besäße. Die Arbeiter können dem Bürgermeister Mooren immer noch nicht vergessen, daß er vor mehreren Jahren die Errichtung eines Gewerbegerichts mit der Begründung abgelehnt hat, er halte die Arbeiter für ein solches „noch nicht reif".

Der Eisenbahnfiskus und § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Der „Bochumer Anzeiger" theilt folgendes mit: Ein Eisenbahnrangirer beanspruchte für die Zeit einer 14tägigen militärischen Uebung Auszahlung seines Lohnes unter Abzug desjenigen Betrages, für die ihm beim Militär gewordene Verpflegung. Der Fiskus verweigerte die Zahlung auf Grund der für alle Dienstzweige der preußischen Eisenbahnverwaltung getroffenen Bestimmung, welche lautet: „Der Tagelohn wird für diejenigen Tage gewährt, an welchen der Arbeiter dienstlich thätig gewesen ist." Der Rangirer erhob Klage beim Amtsgericht, indem er sich auf § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches stützte, worin bestimmt ist, daß dem Dienstpflichtigen wegen unverschuldeter Behinderung Lohnabzüge nicht gemacht werden dürfen, falls eine „verhältnißmäßig nicht erhebliche Zeit" in Frage komme. Er (der Rangirer) stehe seit etwa zehn Jahren im Dienste der Eisenbahnverwaltung, im Vergleich zu welchem Zeitraum die versäumte Frist als eine verhältnißmäßig nicht erhebliche anzusehen sei. Das Gericht verurtheilte den Fiskus zur Zahlung von 24 Mk. nebst 4 Proz. Zinsen vom Tage der Anstrengung der Klage ab. Es läßt den „Staat als Arbeitgeber" in einem glänzenden Lichte erscheinen, daß er erst durch gerichtliches Urtheil gezwungen werden muß, einem armen Eisenbahnproletarier 24 Mk. Lohn zu bezahlen, auf den er gesetzlichen Anspruch hat. Das ist ein wahrer „Musterbetrieb".

Gewinnbetheiligung von Straßenbahn-Angestellten. Ein interessantes Experiment wird nach Meldung der „Financial Times" in Vancouver gemacht. Danach partizipiren bei der Vancouver Straßenbahn-Gesellschaft deren Arbeiter und sonstige Angestellte am Reingewinn. Die Gesellschaft hat sich aus freien Stücken erboten, den Arbeitern ein Drittel des Betrages zur Verfügung zu stellen, der nach Zahlung einer vierprozentigen Dividende übrig bleibt. Nach der aufgestellten Basis erhält ein Arbeiter unter Zugrundelegung der seitherigen Einnahmen nach einjähriger Dienstleistung 120 Mark, im folgenden Jahre 200 Mark und so steigend bis zu 400 Mark im fünften Jahre. Der gezahlte Lohn ist der allgemein in Vancouver übliche.

Aus Nah und Fern.

Der Amtsrichter und die Sedankasse. Neulich hatte sich eine Frau in Barby vor dem Amtsgericht auf Grund einer Privatklage wegen „Beleidigung" einer ihrer Mitbürgerinnen zu verantworten. In anerkennenswerther Weise bemühte sich der Amtsrichter als Friedensstifter, die feindlichen Parteien zu einigen. Es ist in solchen Fällen im allgemeinen üblich, daß der schuldige Theil zu einer Geldspende an die Armenkasse oder zu wohlthätigen Zwecken veranlaßt und sodann die Privatklage zurückgenommen wird. Indeß fand der hiesige Amtsrichter, der Mitglied des Sedanvereins ist, einen anderen Ausweg. Er schlug der Beklagten nämlich vor, fünf Mark für die Sedankasse, eines privaten Vereins, dem er selbst angehört, zu zahlen, um dadurch den bedauerlichen Fall aus der Welt zu schaffen. Es ist bekannt, daß der zum größten Theil aus wohlhabenden Bürgern bestehende Sedanverein sein Geld dazu benutzt, am Sedantage rauschende Feste jubelnd zu begehen. Die Beklagte erklärte sich bereit, die fraglichen 5 Mk. für die Sedankasse zu entrichten, obwohl sie gerade für derartige „patriotische" Zwecke nur ungern Geldopfer bringt, da sie mit ihrem Manne — einem organisirten Arbeiter — in Bezug auf die politische Weltanschauung durchaus übereinstimmt. — Die Frau fürchtete nämlich in völliger Verkennung der Sachlage und in gründlicher Unkenntniß unserer heutigen Rechtspflege, sie würde von dem Herrn Amtsrichter zu dem höchsten wegen Beleidigung zulässigen Strafmaß verurtheilt werden, wenn sie sich dem weitgehenden Herzenswunsche des Amtsrichters widersetzte. — Hoffentlich findet sich auch einmal ein sozialdemokratischer Amtsrichter, der die Schlichtung überflüssiger Beleidigungsklagen gemeinnützlich zur Bereicherung unserer des baaren Geldes sehr bedürftigen Parteikasse ausnützt.

Trunkenheit und Straffälligkeit. Aus Düsseldorf wird geschrieben: Eine grundsätzliche Verschiedenheit der Ansichten über die Frage, ob sinnlose Trunkenheit ein Strafausschließungsgrund sei, ist neuerdings in drei Urtheilen des Oberkriegsgerichts des 7. Armeekorps und des Reichsmilitärgerichtes zu Tage getreten. Da der Fall psychologisches Interesse bietet, sei er ausführlich wiedergegeben. Der Musketier Heinrich Triebe vom Inf.-Regiment Nr. 53 in Kalk wurde im März d. J. vom hiesigen Kriegsgerichte der 14. Division von der Anklage, sich während einer Schießübung eines thätlichen Angriffs, der Bedrohung und Widersetzlichkeit schuldig gemacht zu haben, mit der Begründung freigesprochen, daß sich der Angeklagte zur Zeit der Begehung der That im Zustande sinnloser Trunkenheit befunden habe, so daß seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen war. In der vom Gerichtsherrn eingelegten Berufung beschäftigte sich im Mai d. J. das Oberkriegsgericht in Köln mit der Angelegenheit. Es ging aus dem einstimmigen Gutachten eines Oberstabsarztes und eines Generalarztes hervor, daß bei dem Angeklagten ein typischer Fall von akuter Alkoholvergiftung in seiner successiven und kontinuirlichen Entwickelung vom Stadium der beginnenden Erregung bis zur notorischen und sinnlichen Lähmung vorliege, daß eine freie Willensbestimmung des T. ausgeschlossen gewesen sei und daß demzufolge dieser für sein Thun und Lassen nicht verantwortlich gemacht werden könne. Das Oberkriegsgericht gelangte dennoch unter Aufhebung des erstinstanzlichen Urtheils zu einer Verurtheilung des Angeklagten in der Höhe von 2½ Jahren Gefängniß. Dieses Urtheil wurde auf die eingelegte Revision hin vom zweiten Strafsenat des Reichsmilitärgerichts aufgehoben. Nunmehr ist in seiner Sitzung am Mittwoch das Oberkriegsgericht wiederum zu einem verurtheilenden Erkenntniß gelangt; auch dieses wird in der Revision angefochten werden. Dem endgiltigen Urtheilsspruche in dieser Angelegenheit kann man mit Interesse entgegensehen.

Ein Mädchenmarkt. In der Gemeinde Bodony im Baranyer Komitat Ungarns pflegt alljährlich am ersten Sonntag nach dem 14. September ein „Mädchenmarkt" gehalten zu werden, auf dem sich die Burschen der Umgebung ihre Ehegefährtinnen aussuchen. Schon in den frühen Morgenstunden kommen die jungen Leute in Begleitung ihrer Angehörigen herangezogen; die Mädchen in ihren kurzen Leinwandröcken oder im Seidengewand, mit der unausbleiblichen Silberkette um den Hals, alle stark geschminkt, die Burschen, im kurzen, schwarzen Rock, enganliegenden Hosen und spiegelglatt gewichsten faltigen Stiefeln, mit einem Rohrstab in der Hand. Jedes Dorf bildet eine besondere Gruppe. In der Hauptstraße des Dorfes und zu beiden Seiten sind Lebkuchenzelte und dergleichen aufgestellt, zwischen denen die Mädchen Arm in Arm auf- und abgehen, während sich die Burschen mit ihren Müttern oder Pathinnen an der Seite aufstellen. Von Zeit zu Zeit bleiben die Mädchen vor dem einen oder dem anderen Lebkuchenzelt stehen, als ob sie etwas kaufen wollten, thatsächlich aber nur, um den Burschen Gelegenheit zu geben, sich ihnen zu nähern. Hat die Eine vor einem Burschen Gefallen gefunden, so tritt er zu ihr hin, und nun beginnt das erste Gespräch. Der Bursche sagt dem Mädchen, wenn er den Preis des Lebkuchens entrichten will: „Laß sein, liebes Kind, ich werde bezahlen. Wo wohnst Du, mein Röschen?" — „In Ozd. Und Sie?" — „In Balsa". — „Gott erhalte Sie!" — „Auch dich daneben." Der Bursche duzt das Mädchen, dieses aber redet den jungen Mann mit „Sie" an. Der Bursche kauft dann dem Mädchen ein Glas süßen Früchtesafts und während das Mädchen ihn langsam ausschlürft, neckt er sie wohl mit den Worten: „Gott soll Dich mir geben." Gefällt der Bursche dem Mädchen, so lautet die Antwort: „So soll es Gott fügen." Nach einer Weile treten dann auch die weiblichen Angehörigen des Burschen hinzu, fassen das Mädchen von allen Seiten gut ins Auge und knüpfen ein Gespräch mit ihm an. Von diesem Augenblick an gehen Bursche und Mädchen, Arm in Arm geschlungen, zusammen herum. Was das Mädchen verlangt, kauft ihm der Bursche. Unvermeidlich ist auch die Fahrt auf dem Ringspiel, das bei einer solchen Gelegenheit im Dorfe nicht fehlen darf. Mittags gehen dann die beiden jungen Leute zu den kleinen Holzbuden, in denen in offenen Pfannen Schweinefleisch gebraten wird. Man sieht diese Buden, die den Namen Laerikonyha führen, auch in größeren ungarischen Städten, besonders an Markttagen; ihren Namen, der die Bedeutung „Ladislaus Küche" hat, sollen sie davon erhalten haben, daß der stark verschuldete König Wladislaus II. zu Beginn des 16. Jahrhunderts sich sein Mittagessen aus einer solchen Bude bringen ließ. Vor dieser Bude nehmen die jungen Leute aus einem Teller ihre Mahlzeit ein, dann gehen sie zum Tanz. Der Bursche zeigt sich als Kavalier, er unterhält seine Auserwählte, läßt ihr Speisen und Getränke bringen, zahlt den Zigeuner, damit er ihre Lieblingsweisen spiele und tanzt mit keiner Andern, wie auch das Mädchen keinen andern Burschen ansehen darf. Vor dem Abschied umarmt dann der Bursche das Mädchen und schärft ihm ein, daß es ihm treu bleiben möge. Die Hochzeit kommt dann gewöhnlich bald zu Stande.

Eternfang-Viehmarkt.

Hamburg, 20. September

Der Schweinehandel verlief flau.

Zugeführt wurden 1380 Stück, davon vom Norden —, von Süden — Stück. Preise: Sauschweine — Mk. Vorlaufschweine, schwere 62—64 Mk., leichte 60—62 Mk. Sauen 50—59 Mk. und Ferkel 56—60 Mk. pr. 100 Pfd.

Schänke und harrte der Wiederkunft des Boten. Er brachte günstigen Bescheid. „Morgen in aller Frühe kommt der krumme Schimmele mit den Schlüsseln des Leibko und bleibt eine Woche da. Denn so lange müssen der Kleine und seine Tochter mit zerrissenen Kleidern in einer Stube sitzen und dürfen während der ganzen Zeit nur beten und jüdisch reden." Das kam ihnen sehr merkwürdig vor, noch mehr, daß die Chane schon begraben war; die Unsitte, die Todten noch vor Sonnenuntergang des Sterbetages zu bestatten, war, wie für alle strenggläubigen Juden des Ostens, so auch für die Haliczer Gemeinde unverbrüchliches Gesetz. „Und wie sie dabei gehalt haben," erzählte der Bote, „g'rad' so, als ob die Chane ihre Schwester gewesen wäre. Den wenigsten Lärm hat eigentlich noch der Leibko gemacht; er hat nur immer laut geweint und zum Himmel gesagt."

Am nächsten Morgen fand sich in der That der krumme Schimmele pünktlich ein, mit ihm als Wirthschafterin die Rosia. „Ihr Leute," erzählte sie, „seit dreißig Jahren bin ich ja dazu verdammt, bei Juden zu dienen, aber was für ein hartherziges Volk dies ist, weiß ich doch erst seit gestern. Die Miriam thut, als ob sie verzweifelt wäre, aber das ist nur die Furcht vor Gott. Ich kann ja nicht darüber reden, aber die Alte ist vor Schreck über eine Liebschaft des Mädchens gestorben. Und nun gar der Leibko! Wißt Ihr, was er den Leuten geantwortet hat, als sie ihn trösten wollten? Ich würde es keinem anderen Menschen glauben, daß habe ich mit eigenen Ohren gehört. ‚Der Herr hat gegeben,' sagt er, ‚der Herr hat genommen, der Name des Herrn sei gelobt!' Als ob er seine Ziege verloren hätte."

Aber sie fand nur wenige, die ihr zuhörten; die Leute waren heute wichtigeres zu besprechen. Alle Hausväter waren vor der Schänke versammelt und harrten, bis die „Kommissyje" erscheinen würde, um mit ihnen zu verhandeln. Wer eine Scholle Bodens besaß, war zur Stelle, nur den Janko ausgenommen, der wieder einmal stumm brütend in seiner Kammer saß.

„Ihr Leute!" sagte der Richter, „jetzt heißt es schlau sein! Zunächst werden sie kommen und fragen: Wer giebt den Boden ganz billig? Und darauf ich: Keiner billiger als der Andere: Tausend Gulden die Quadratklafter! Und da mögen sie nun handeln! Aber viel lassen wir nicht herunter!" — So soll es sein und nicht anders!" stimmten alle ein.

Die Geduld der Harrenden sollte auf eine harte Probe gesetzt sein. Erst gegen 9 Uhr kamen die Herren zum Gutshof gefahren und da stärkten sie sich zunächst durch ein Frühstück, das ihnen der gastfreie Paterski anbot. Und als sie endlich um 11 Uhr wieder den Wagen bestiegen, da fuhren sie nicht zur Schänke, sondern zum Grenzrain gegen Halicz.

„Was sie dort thun mögen?" fragten die Leute erstaunt. „Es nützt ihnen ja nichts, sich den Boden auszuwählen, zuerst müssen sie doch wissen, ob er zu haben ist!" — „Freilich," meinten andere, „aber vielleicht sind sie so dumm oder halten uns für dumm!" Als jedoch die Mittagsglocke läutete und die Herren noch nicht sichtbar waren, wurden einige ausgesendet, die erspähen sollten, was sie eigentlich trieben.

Die Boten brachten einen Bescheid, der die Leute in nicht geringe Aufregung brachte. Die Herren waren bereits mitten in der Arbeit; die einen gaben in Papiere und schrieben, die anderen richteten dreißigfüßige Gestelle auf, die sie mitgebracht, und maßen die Entfernungen ab und riefen sie einander zu; die dritten, ihre Diener, rammten Pfähle ein. Dies alles aber auf Grundstücken, die dem Polen gehörten. Die Pfähle bezeichneten nun eine große Kurve, die das Wäldchen, das der Gemeinde gehörte, umging. Es schien, daß sie nun zunächst auf den Grundstücken des Paterski bleiben wollten. „Betrug!" schrieen die Bauern erregt. „Der Pole hat sie bestochen. Zuerst müssen sie doch fragen, wer Grundstücke verkaufen will und zu welchem Preis, und darnach ihre Wahl treffen. Das ist ein Geschäft des Herrn Kaisers — das muß öffentlich sein, und alle sind gleichberechtigt."

Nur der dicke Onufrij verzog keine Miene. „Die Esel haben sich nicht einmal erkundigt, wo die Schmiede ist!" sagte er verächtlich. „Von der Stelle, wo sie begonnen haben, ist es ja zu meinem Hause über die rothe Buche, wo sie jetzt sind, ein ungeheurer Umweg . . . Aber meinetwegen, — mein Geld wird ja da nicht zum Fenster hinausgeworfen!" Auch mahnte er die anderen zur Geduld.

Aber die Bauern waren unruhig geworden, zudem hatte sie auch der viele Schnaps erregt. Sie brachen auf, „mit den Herren ein Wörtchen zu sprechen." Niemand mahnte ab, auch der Richter ging mit, nur das er dabei weinte. Aber das bewirkte nur der Schnaps, nicht etwa das Bangen vor den Folgen eines Auftritts. „Sie betrügen uns," schluchzte er, „und wenn wir sie todtschlagen, so ist's nicht unsere Schuld!"

Bei dieser Stimmung hätte der Zusammenstoß mit der Staatsgewalt leicht schlimm enden können. Wenn es anders kam, so war dies nicht das Verdienst der Ingenieure — es waren Engländer und Deutsche, die nicht recht verstanden, was der Haufe, der da heranzog, ihnen zubrüllte — sondern des Bezirksrichters von Halicz, Jan Willczuk. Er war selbst Ruthene, und wenn er sich auch mit Haut und Haar polonisirt hatte, so kannte er doch seine Stammesgenossen und wußte sie zu behandeln. Ruhig ging er ihnen entgegen und fragte: „Was wollt ihr? aber einer soll reden!"

(Fortsetzung folgt.)